

Das verzwickte Ja der Katholiken zur NS-Diktatur: Die Erzdiözese Freiburg im „neuen Reich“ 1933/34

Von Wolfgang Hug

Warum haben die Katholiken die Hitler-Diktatur nicht verhindert? Hatten sie keine Möglichkeit dazu? Oder wollten sie sich gar nicht ernsthaft gegen die Nazis wehren? Wer (oder was) hat sie gehindert, der NSDAP den Weg zur totalen Machtergreifung zu versperren? Es gibt neue Quellen, neue Gesichtspunkte, neue Einschätzungen hierzu.

Die Ausgangslage

Anfang der 1930er-Jahre schien die Welt für die Katholiken in der Erzdiözese Freiburg noch in Ordnung. Die Einschränkungen, mit denen die Kirche im Großherzogtum Baden behindert gewesen war, hatte der demokratische Staat 1919 alle abgeräumt. Bei der katholischen Bevölkerung (rund 60 % der Badener) war die Führungsrolle des Klerus unbestritten. Das kirchliche Vereinsleben blühte. Der „Volkverein für das katholische Deutschland“ hatte zwar durch den Weltkrieg gut die Hälfte seiner Mitglieder verloren, bildete aber immer noch ein festes Laienfundament der Kirche, hier in der Diözese geführt von Dr. Ernst Föhr.¹ Zahlreiche Orden hatten Niederlassungen gegründet. Die Frauenorden und weiblichen Kongregationen erlebten den größten Boom aller Zeiten. Man zählte mehr als 7000 Ordensschwwestern in der Diözese. In den mehrheitlich katholischen Orten war die Kirche vielfach präsent, mit Pfarrhaus, Kirche und Kinderschule, Pfarrheim, Nähstube und Krankenstation, mit

¹ Zu Föhr vgl. Franz Kern, Dr. Ernst Föhr, in: FDA 102 (1982), S. 139–148; weitere Hinweise auch unter Anm. 28. Als der „Volkverein“ Mitte 1934 aufgelöst wurde, hatte er in der Erzdiözese noch ca. 30 000 Mitglieder.

Pfarrjugend und Standesvereinen.² Politisch vertrat die Zentrumsparterie die Interessen der Kirche im Land und zusammen mit der Bayerischen Volkspartei BVP im Reich. Ein „katholisches Milieu“ gab dem Kirchenvolk ein wohltuendes Wir-Gefühl mit gelebter Solidarität.³

Wo standen die Katholiken hier im Land in der damaligen politischen Landschaft? Dass sie in der Weimarer Republik schlechte Demokraten gewesen seien, stimmt so nicht.⁴ Das Zentrum, die Katholikenparterie, war gerade in Baden zu einem stabilen Pfeiler der republikanischen Staatsordnung geworden. Es war bis zum Ende des Freistaats stärkste Partei im Landtag und stets an der Regierung beteiligt. Allerdings gewann in der Partei, die in Baden unter Joseph Wirth und Joseph Schofer lange zur linken Mitte tendierte, nach Schofers Tod 1931 der rechte Flügel an Gewicht. Wie überall in Deutschland hatte anfangs der 1930er-Jahre ein Geistlicher den Parteivorsitz, in Baden seit 1931 Dr. Ernst Föhr. Kirche und Partei waren eng miteinander verzahnt. Gegen die wachsende Radikalisierung der politischen Öffentlichkeit von links wie von rechts wehrte sich die Kirchenleitung energisch. Im September 1930 hat das Mainzer Generalvikariat Katholizismus und Nationalsozialismus für unvereinbar erklärt. Am 19. März 1931 verabschiedeten die Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz unter dem Vorsitz des Freiburger Erzbischofs Karl Fritz eine scharfe Verurteilung der radikalen Parteien, insbesondere der NSDAP, und erklärten: *„Es ist ganz ausgeschlossen, dass die katholische Kirche in ihrer Lehre und ihrem Wirken sich von dem ‚Moral- und Sittlichkeitsgefühl einer Rasse‘, etwa der germanischen, leiten oder einengen oder verführen lässt [...] Deshalb müs-*

² Das Handbuch des Erzbistums Freiburg, Band 1 Realschematismus. Freiburg 1939 gibt für 1933 folgende Zahlen an: Gesamtbevölkerung Badens 2 412 951 Einwohner, davon 58,4 % = 1 408 532 Katholiken. Hinzu kamen in Hohenzollern 68 781 Katholiken von 72 991 Einwohnern insgesamt. Seit Gründung des badischen Großherzogtums hatte in Baden der Anteil der Katholiken von 67,1 % auf 58,4 % abgenommen, während in der gleichen Zeit der Anteil der evangelischen Einwohner von 31,2 % auf 38,7 % anstieg, was neben der Zuwanderung vor allem auf die höhere Lebenserwartung der Protestanten (bzw. ihre geringere Sterblichkeit) gegenüber den Katholiken zurückzuführen war.

³ Heinz Hürten, *Deutsche Katholiken 1918–1945*. Paderborn 1992, bes. S. 63 ff. und S. 119 ff.; Alois Baumgartner, *Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik*. München/Paderborn/Wien 1977. Hierzu und zum Folgenden Michael Kitzing: *Für den christlichen und sozialen Volksstaat. Die Badische Zentrumsparterie in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 2013, bes. S. 81–190, 193–320 und 321 ff.

⁴ Hierzu u. a. Karsten Ruppert, *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie*. Düsseldorf 1992.

*sen wir Bischöfe als die Hirten und Verkündiger der katholischen Glaubens- und Sittenlehre vor dem Nationalsozialismus warnen, weil und solange er Anschauungen verfolgt und verbreitet, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind. Es kann deshalb dem Katholiken nicht erlaubt sein, diese Anschauungen als wahr anzunehmen und sie in Wort und Tat zu bekennen.*⁵ Eine klare Position! Zu denken gibt allerdings der Nachsatz: *„Diese Stellung haben wir bereits eingenommen und nehmen wir ein gegen die religiösen und sittlichen Irrlehren des Liberalismus, des Sozialismus und nicht zuletzt des Kommunismus.“*⁶ Hier wird deutlich, dass die kirchliche Abwehr des Nationalsozialismus weltanschaulich begründet war, keineswegs politisch im engeren Sinn. Man sah nicht die Demokratie in Gefahr, sondern den rechten Glauben. Deutlich wurde das in der ersten systematischen Analyse des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 gezeigt, die Ernst-Wolfgang Böckenförde 1960/61 in der Zeitschrift „Hochland“, einer geistigen Hochburg der deutschen Katholiken, veröffentlichte.⁷

In der Regel hatte man sich im Katholizismus lange nur theoretisch mit der NS-Ideologie befasst. Hitlers „Mein Kampf“ war zunächst in der Presse kaum wahrgenommen worden und kam erst nach dem enormen Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 in die öffentliche Diskussion.⁸ In der Zeitschrift „Der Gral“, der „katholischen Monatsschrift für Dichtung und Leben“, war im April 1931 eine ausführliche Bewertung von „Mein Kampf“ zu lesen, verfasst vom Herausgeber der Zeitschrift, dem Jesuiten Friedrich Muckermann. Er schrieb u. a. *„Es zeigt sich diese Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Katholizismus schon in dem Anspruch auf Totalität, den beide erheben [...] Hitler sagt ausdrücklich, dass er den ganzen Menschen für das rein volkliche Ziel in Anspruch nehme, wodurch seine noch so oft als politisch gekennzeichnete*

⁵ Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd.1 1933/1934, bearb. von Bernhard Stasiewski. Mainz 1968 S. 824ff.; wieder abgedruckt in: Hubert Gruber, Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1930–1945. Paderborn 2006, hier S. 11.

⁶ Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe S. 827 bzw. Gruber, Katholische Kirche S. 11; eindeutiger hatten sich die bayerischen Bischöfe am 10. Februar 1931 zum Nationalsozialismus geäußert in einer Anweisung, in der es u. a. heißt: *„Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr das Christentum Christi.“*; Gruber, Katholische Kirche, S. 6.

⁷ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung, in: Hochland 53. Jg. 1960/61 S. 215–239 und 54. Jg. 1961/62 S. 217–245.

⁸ Othmar Plöckinger, Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“ 1922–1945. München 2006.

Weltanschauung zu einer religiösen wird, besser zu einem Religionser-satz. Das Volk selber sieht Hitler einzig von der Rasse her. Seine Hauptaufgabe besteht für ihn darin, dass es die Rasse rein erhalte. So sehr wird dies zum höchsten Zweck erhoben, dass selbst die Ethik in den Dienst der Rasse gestellt wird [...] Ganz unkatholisch ist ebenfalls die Einschätzung des Volkes, das für Hitler nur eine Masse ist, die man zu bändigen hat. Wie ein sadistischer Mann schwingt er die Peitsche gegen diese Masse, die er wohl als Weib bezeichnet. Wie kann es auch anders sein, wenn der Rassestandpunkt der entscheidende ist [...] Dass sich diese dem Katholizismus entgegengesetzte Lebensauffassung auch in der Kehrseite der Hitlerschen Rassenverherrlichung in seinem Antisemitismus offenbart, ist eigentlich selbstverständlich. Es sei hier nur dieses hervorgehoben, dass Adolf Hitler eine religiöse Auffassung des Alten Testaments völlig fehlt. All das, was an Werten in jenen Büchern der Heiligen Schrift enthalten ist, hat nach ihm einzig dem jüdischen Rasseinstinkt gedient [...] Jedenfalls gehört, von allen Gemütswerten einmal abgesehen, der Hitlersche Antisemitismus zu den krausesten und unmöglichsten Vorstellungen [...] Wir stehen dem Gesagten zufolge nicht an, zu behaupten, dass die Hitlersche Lebensauffassung und der Katholizismus nicht vereint werden können.⁹

In aller Deutlichkeit ermahnte Walter Dirks in der Rhein-Mainischen Volkszeitung den politischen Katholizismus, seine Verantwortung für die Erhaltung der Demokratie ernst zu nehmen und sie gegen den Faschismus zu verteidigen. Er warnte das Zentrum vor der Illusion, zu glauben, die Partei könne im Bündnis mit der NSDAP mehr politischen Einfluss gewinnen. Am 1. Juli 1932 schrieb er, „... die Macht des Katholizismus ist mit dem Augenblick vorbei, wo die Parlamente beseitigt, politische Organisationen verboten, Zeitungen unter Zensur gestellt, die Schlüsselstellungen der Verwaltung in den Händen der herrschenden

⁹ Zitiert aus: Der Gral 26/27, 1931/32, S. 415/416. Die Zeitschrift „Der Gral“ richtete sich an das gebildete katholische Lesepublikum und war nicht spezifisch theologisch ausgerichtet. In dem Beitrag „Auf der Gralswarte“, S. 412–417 setzte sich Muckermann mit „Mein Kampf“ und Publikationen über Hitler aus dem Jahr 1930 auseinander. Muckermann entzog sich der Verhaftung durch die Gestapo im Herbst 1934 durch die Emigration nach Holland, von wo er später nach Frankreich und von dort 1940 in die Schweiz floh, wo er 1946 verstarb. Nikolaus Junk (Hrsg.), Friedrich Muckermann. Im Kampf zwischen zwei Welten. Lebenserinnerungen. Mainz 1973; Hubert Gruber, Friedrich Muckermann, ein katholischer Publizist in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist. Mainz 1993.

Gruppe sind“.¹⁰ Was für eine scharfsichtige Voraussage der Realität in der NS-Diktatur!¹¹

Es gab indes nicht nur warnende Stimmen im katholischen Lager. Zwar blieb das Zentrum bis 1932 auf Distanz zur NSDAP, aber die Koalition mit der SPD wurde infrage gestellt. Der Freiburger Diözesangeistliche Wilhelm Maria Senn, langjähriges Zentrumsmittglied, veröffentlichte 1931 eine Broschüre mit dem Titel „Katholizismus und Nationalsozialismus“ mit scharfer Kritik am Bündnis des Zentrums mit der Linken und einem Plädoyer für eine Annäherung nach rechts. Das Kampfblatt der badischen NSDAP „Der Führer“ pries die Publikation des Pfarrers und druckte eine Sonderauflage der Zeitung mit Auszügen daraus in zigtausend Exemplaren, die von Haus zu Haus verteilt wurden. Das Zentrum schloss den Autor der Broschüre aus der Partei aus, und der trat fortan bei Parteiveranstaltungen der Nazis auf, wo das Publikum ihm mit Begeisterung zustimmte. Offenbar fand er den richtigen Ton, wenn er z. B. die weibliche Zentrumswählerschaft lächerlich machte mit Sätzen wie Frauen und Mädchen verstünden von Politik so viel wie eine Henne von der Mondscheinsonate. Das Erzbischöfliche Ordinariat dispensierte den Pfarrer im September 1931 vom Amt. Als er im Folgejahr ein zweites Pamphlet „Halt! Katholizismus und Nationalsozialismus“ – diesmal beim Zentralverlag der NSDAP, Franz Neher Nachfolger – herausbrachte, wurde ihm vom Freiburger Erzbischof auch Redeverbote erteilt. Prompt wich der renitente Geistliche nach Münster aus, wo er im „Vaterländischen Katholikenbund“ für seine Rede anhaltenden Beifall bekam.¹² Als engagierter Sympathisant der NSDAP tat sich schon seit 1930 der als Volksschriftsteller erfolgreiche Pfarrer Heinrich Mohr hervor. Vom Pfarrdienst beurlaubt, lebte er seit 1907 von seinen Publikationen. 1933/34 schrieb er für die Parteizeitung der Nazis „Der Alemanne“, oft in erklärter Gegnerschaft zu Erzbischof Gröber. Die Freiburger Theologische Fakultät hatte

¹⁰ Rhein-Mainische Zeitung vom 1. 7. 1932 „Katholizismus und Demokratie“. Diese und zahlreiche weitere Texte zur Politik sind im 2. Band der Gesammelten Schriften von Walter Dirks veröffentlicht: Gegen die faschistische Koalition – politische Publizistik 1930–1933, hrsg. von Fritz Boll. Zürich 1990, das Zitat S. 261.

¹¹ Zu Walter Dirks auch: Ulrich Bröckling, Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. München 1993.

¹² EAF, Personalakte Wilhelm Maria Senn († 1940), 3 Bände.

Mohr trotz seiner rechtslastigen Tendenzen den Ehrendokortitel verliehen.¹³

In knappster Form hielt die Fuldaer Bischofskonferenz am 17. August 1931 noch einmal die grundsätzliche Haltung zum Nationalsozialismus in dem Satz fest: „*Sämtliche Ordinariate haben die Zugehörigkeit zu dieser Partei für unerlaubt erklärt.*“¹⁴ Kurz zuvor hatten die Bischöfe in Fulda zur Bekämpfung des Radikalismus, „*des extremen Nationalismus wie auch des Sozialismus und Kommunismus*“, mit dem Argument aufgerufen „*wenn diese siegen würden, dann wäre jede menschenwürdige Freiheit dahin*“.¹⁵ Wie kam es aber zur Kehrtwende der Bischöfe, gerade auch beim Freiburger Erzbischof? Konnte man sich nicht darauf verlassen, die Katholiken würden den Nationalsozialismus in Schranken halten? Aber war der politische Katholizismus dazu überhaupt stark genug? Und anders gefragt: Wie stark waren die Nationalsozialisten selbst? Mit diesen Fragen befassten sich in den vergangenen 60 Jahren unzählige Forschungen, Studien, Veröffentlichungen. Besondere Verdienste erwarb sich die von katholischer Seite eingerichtete „Kommission für Zeitgeschichte“ mit ihren inzwischen weit über 150 Bänden in den beiden Reihen „Quellen“ und „Forschungen“.¹⁶

¹³ Zu Mohr Renate Liessem-Breinlinger in: *Badische Biographien, Neue Folge I*. Stuttgart 1982, S. 211–213. Joseph Wirth schrieb nach 1945 über Mohr, er sei „*ein voller Nazipfaffe*“ gewesen. Zitiert hier S. 213. Im Nekrolog im FDA 77 (1957), S. 184 wird hingegen behauptet: „*Den weltanschaulichen Tendenzen des Nationalsozialismus stand er innerlich – trotz äußerer anfänglicher Sympathie – fern.*“ Dabei hatte Mohr die Schmutzkampagne Streichers gegen Erzbischof Gröber initiiert und unterstützt. Seine „volkstümlichen“ Werke strotzen von chauvinistischen Parolen. Ein Beispiel aus seinem „Buch für das deutsche Volk“ mit dem Titel „Die Heimat“ (Herder, Freiburg 1917): „*Schmach über den Wicht, der noch je sein Deutschtum verleugnen kann! Deutscher, trage höher dein Haupt in edlem und gerechtem Stolz! Vergiß an keinem Ort, dass ein Weltvolk in dir lebt*“ – „*Deine Väter hatten Paris nachgeöffit, nun betrieben deine Söhne, was ärger war, die Engländerei, die herzfrostige, selbstberechnende [...] Der Feind musste kommen und das Schwert nach dem Herzen Deutschlands zücken, damit viele wieder die Liebe zu ihrem Volke fanden*“ (S. 2/3).

¹⁴ Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz vom 17. August 1931 in Stasiewski, *Akten deutscher Bischöfe*, S. 843 mit Quellenangaben. Zitiert in: Gruber, *Katholische Kirche*, S. 13.

¹⁵ Richtlinien der Fuldaer Bischofskonferenz vom 3./5. August 1931. Es handelt sich um ein umfangreiches Dokument in: Stasiewski, *Akten deutscher Bischöfe*, S. 828–832; zitiert auszugsweise in: Gruber, *Katholische Kirche*, S. 12.

¹⁶ Die Reihe A „Quellen“ besteht inzwischen aus über 50 Bänden, die Reihe B „Forschungen“ umfasst sogar mehr als 100 Bände. Bilanzen zum Thema: Karl-Josef Hummel/Michael Kißener (Hrsg.), *Die Katholiken und das Dritte Reich. Kontroversen und Debatten*. Paderborn 2010; Christoph Kösters/Mark Edward Ruff (Hrsg.), *Katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung*. Freiburg 2011.

Bei den badischen Landtagswahlen im Oktober 1929 hatte die NSDAP erstmals sechs von 88 Sitzen gewonnen. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 blieb das Zentrum in Baden mit knapp 30 % der gültigen Stimmen erfolgreichste Partei, aber die Nationalsozialisten überflügelten die SPD und bekamen im Land über 19 %. Im Reichstag bildeten sie die zweitstärkste Fraktion. Die Reichstagswahlen im Jahr 1932 brachten der NSDAP schließlich über ein Drittel der gültigen Stimmen. Und nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Kanzler ernannt worden war, konnte seine Partei bei der Neuwahl am 5. März des Jahres mit massivem Terror knapp 44 % der Stimmen erringen und zusammen mit der DNVP (8 %) die Regierungsmehrheit bilden. Der Wahlauf Ruf der Fuldaer Bischofskonferenz hatte die Katholiken aufgefordert: *„Wählet Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hütet euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind.“*¹⁷ Tatsächlich konnte sich das Zentrum mit der (ebenfalls katholischen) Bayerischen Volkspartei BVP mit insgesamt etwa 6 Millionen Stimmen behaupten. Aber die bisherigen Wähler bürgerlicher Parteien und vor allem die früheren Nichtwähler und jungen Neuwähler, rund 5 Millionen, die jetzt zur Urne gingen¹⁸, sicherten der NSDAP ihren überwältigenden Wahlerfolg. Als Bollwerk gegen die NS-Partei erwies sich der politische Katholizismus im Deutschen Reich schlechthin als überfordert.¹⁹ Die Katholiken machten 1933 im Reich weniger als ein Drittel der Bevölkerung aus. In den meinungsbildenden Eliten von Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft waren sie hoffnungslos unterrepräsentiert. Außerhalb vom Rheinland und von Westfalen, Bayern und Baden sowie dem Saarland hatten die Katholiken auch in den Landtagen und Provinzparlamenten wenig, z. T. verschwindend wenig Einfluss. Die (ver-

¹⁷ Aufruf der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. Februar 1933 = Mahnwort an das katholische Volk, in: St. Konradsblatt, Familienblatt der Erzdiözese Freiburg 17/1933, S. 133, ebenfalls in: Gruber, Katholische Kirche, S. 22.

¹⁸ Bei der letzten Reichstagswahl vor der Weltwirtschaftskrise betrug die Wahlbeteiligung 75,6 %, am 5. März 1933 stieg sie auf 88,8 %.

¹⁹ Im St. Konradsblatt 17/1933, S. 138f. wurde die Wahl als *„eine geistige Entscheidungsschlacht“* bezeichnet. Zum Wahlausgang wurde in derselben Zeitschrift Mitte März (S. 162) die Hoffnung ausgesprochen, dass eine *„Zusammenarbeit des Zentrums mit Hitler-Hugenberg möglich sein wird“*.

meintliche) Stärke des deutschen Katholizismus beruhte auf seiner Geschlossenheit. Aber die war, zumal im Bürgertum, schon brüchig geworden.

Das Ja zum „Ermächtigungsgesetz“

Gestützt auf die Märzwahl nutzte die Reichsregierung ihre Macht sogleich auf rücksichtslose Weise: Durch Unterwerfung der Polizei und Einsatz der SA und SS als Hilfspolizei, durch Verfolgung und Verhaftung von Gegnern des Regimes, Knebelung der Presse, Entlassung von Beamten und vor allem durch die beginnende Gleichschaltung der Länder. Am 11. März 1933 wurde die geschäftsführende Regierung Badens (angeführt vom Zentrum) durch den Reichskommissar Robert Wagner entmachtet. Knapp eine Stunde zuvor hatte sie noch das Konkordat des Landes Baden mit dem Vatikan unterzeichnet und in Kraft gesetzt.²⁰

Die Gewaltmaßnahmen der NS-Regierung taten ihre Wirkung. Auch bei den Katholiken im Erzbistum Freiburg. Mit dem Gemisch von Einschüchterung und Propaganda schufen die Nationalsozialisten ein labiles Klima der Angst einerseits und der Bewunderung andererseits gegenüber der von den Nationalsozialisten demonstrierten Politik der Stärke. Unter den massenhaft der NSDAP beitretenden „Märzgefallenen“ waren viele Katholiken im Land. Der Apostolische Nuntius Cesare Orsenigo berichtete am 22. März nach Rom *„Es ist leider nicht zu verneinen, dass das katholische Volk sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, dem neuen Regime mit Enthusiasmus zugewandt hat“*.²¹ Schon vorher hatte Erzbischof Gröber am 18. März dem Kardinalstaatssekretär Pacelli

²⁰ Ernst Föhr, Geschichte des badischen Konkordats. Freiburg 1958. In einem Beitrag zu dem bevorstehenden badischen Konkordat wurde im St. Konradsblatt der Erzdiözese Freiburg aus dem Osservatore Romano zitiert: *„Ein Katholik darf seine Stimme nicht einer Partei geben, die die katholischen Interessen vernachlässigt oder verrät.“* St. Konradsblatt 17/1933 S. 87. Zum badischen Konkordat wird auf die grundlegende Arbeit von Susanne Plück verwiesen: Das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932. Mainz 1984; ferner: Alexander Hollerbach, Das badische Konkordat vom 12. Oktober 1932 (1979), Sonderdruck der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg 2008; Michael Kitzing: Für den christlichen und sozialen Volksstaat S. 351–360.

²¹ Orsenigo vertrat als Nuntius in der Nachfolge von Pacelli von 1930 bis 1946 die Kurie in Deutschland. Bis 1934 hatte es außerdem eine Nuntiatur für Bayern in München gegeben. Über Orsenigo: Hubert Wolf, Papst & Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich. München 2008 bzw. Becksche Reihe 2012, S. 162ff.

in Rom geschrieben: *„Betäublich ist dabei, dass auch in meiner Erzdiözese eine größere Anzahl rein katholischer Gemeinden mit fliegenden Fahnen zu dieser Partei (der NSDAP) hinübergezogen sind [...] Interessant und tief bedauerlich ist es jetzt schon, dass manche, die bisher treu zum Zentrum und zu den katholischen Organisationen gestanden sind, nunmehr sich ängstlich zurückziehen oder ihre Anmeldung bei den Nationalsozialisten bereits vollzogen haben.“*²² Gröber räumte in dem Brief allerdings auch ein: *„Für mich selber handelt es sich namentlich darum, mit einer gewissen Elastizität mich den neuen Verhältnissen anzupassen, ohne irgendwelche katholische Anschauungen und politische Beziehungen damit preiszugeben. Vor allem müssen wir alles unterlassen, was wie eine Provokation der neuen Herrschaft aussehen und gegen die Kirche und ihre Priester einnehmen könnte.“*²³

Die endgültige Wende brachte die Zustimmung aller Reichstagsparteien, mit Ausnahme der SPD, am 24. März zum „Ermächtigungsgesetz“.²⁴ Der entscheidenden Reichstagsitzung war die glänzende Inszenierung des „Tags der nationalen Erhebung“ in Potsdam am 21. März 1933 vorangegangen. Am katholischen Gottesdienst, der vor dem Staatsakt stattfand, hatten Vizekanzler von Papen wie auch etliche Nationalsozialisten teilgenommen. Hitler und Goebbels jedoch waren dem Gottesdienst demonstrativ ferngeblieben. Dazu hieß es in einer amtlichen Erklärung, aufgrund von Verlautbarungen katholischer Bischöfe hätten katholische Geistliche den Führer und Mitglieder der NSDAP als Abtrünnige der Kirche bezeichnet, die nicht in den Genuss der Sakramente kommen dürfen. Diese Erklärungen seien bis heute nicht widerrufen.²⁵ Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, wie es offiziell hieß, ermächtigte die NS-Regierung für vier Jahre, Gesetze ohne das Parlament zu erlassen. Weil dafür die Verfassung geändert werden musste, brauchte der Regierungsantrag eine Zweidrittelmehrheit. Die hätte das Zentrum zusammen mit den SPD-Abgeordneten verhindern können. Hitler hatte dem Parteivorstand unter dessen Spitze Prälat Dr. Ludwig Kaas in einem ausführlichen Gespräch am 22. März erhebliche

²² Gröber an Pacelli am 18. 3. 1933, zitiert aus Nachlass Gröber im Erzbischöflichen Archiv Freiburg, wiedergegeben in Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 9.

²³ Ebd., S. 10.

²⁴ Grundlegend: Rudolf Morsey, Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Düsseldorf 2010.

²⁵ Zitiert im St. Konradsblatt 17/1933, S. 212 ff.

Zusicherungen für die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie für die Anerkennung kirchlicher Interessen gegeben.

Am Nachmittag des 23. März hielt Hitler seine mehrstündige Regierungserklärung vor dem Reichstag zur Begründung der Gesetzesvorlage. Darin erklärte er im Blick auf das Zentrum: *„Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtige Faktoren unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Sie erwartet aber und hofft, dass die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erhebung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt [...] Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluss einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat [...] Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, den größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle weiter zu pflegen und auszugestalten.“*²⁶

In der Zentrumsfraktion wurde leidenschaftlich über die Gesetzesvorlage diskutiert. In einer Probeabstimmung stimmten von den 72 Abgeordneten 57 dafür, neun dagegen, fünf enthielten sich. Heinrich Brüning und Joseph Wirth sollen nachdrücklich vor der Zustimmung gewarnt haben. Prälat Kaas zwang die Fraktion indes mehr oder weniger zu einem geschlossenem Votum. Er hat wenig später sein *„gutes persönliches Verhältnis zu Hitler“* zum Ausdruck gebracht und rühmte sich selbst der von ihm herbeigeführten Entscheidung der Fraktion.²⁷ Der

²⁶ Zitiert in Gruber, Katholische Kirche, S. 34/35.

²⁷ Die Vorgänge schildert präzise (mit Verweisen auf frühere ausführliche Darstellungen) Rudolf Morsey, Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933, in: Christoph Kösters/Mark Edward Ruf (Hrsg.), Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung. Freiburg 2011, S. 35–49. Hier auch die Belege für die Äußerungen von Kaas in den Fußnoten 11 und 15. Nuntius Orsenigo berichtet am 24. März 1933 an Pacelli: *„Ich nehme an, dass die dieser Tage von Prälat Kaas geführten Verhandlungen, der Regierung die Stimmen des Zentrums (zur Annahme des Ermächtigungsgesetzes) zu sichern, die Regierung beeinflusst haben, besonders hinsichtlich der Konkordate.“* Vgl. Ludwig Volk (Hrsg.), Das Reichskonkordat. Mainz 1972, S. 4f.; wie Georg Denzler in: Thomas Brechenmacher (Hrsg.), Das Reichskonkordat 1933. Paderborn 2007 ausführt, hatte von Papen, Hitlers „Steigbügelhalter“, schon früher Hitler für die Idee eines Konkordats gewonnen. Erzbischof Gröber schreibt in seiner umfangreichen Denkschrift *„Meine Mitarbeit am deutschen Konkordat“* – abgedruckt in: Ludwig Volk (Bearb.), Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933. Mainz 1969, S. 305–352, S. 314 –, dass

badische Zentrumsvorsitzende Ernst Föhr, vom Papst für seine Verdienste um das badische Konkordat zum Prälaten ausgezeichnet, stimmte selbstverständlich auch für das Gesetz.²⁸ Die liberale „Frankfurter Zeitung“ zitierte in ihrer Ausgabe vom 1. April 1933 Föhr, der die Zustimmung des Zentrums in folgender Weise rechtfertigte: *„Das Zentrum werde keine lediglich negative Opposition treiben, sondern am Aufbau und der Überwindung des Chaos mitarbeiten. Die Erklärung des Reichskanzlers und die Loyalität, mit der er seine Zusagen eingelöst habe, rechtfertige das Vertrauen bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Der Reichskanzler habe die Hand zur Versöhnung gereicht und Dr. Kaas habe in die Hand eingeschlagen. Von den unteren Organen seien daraus noch keine Konsequenzen gezogen worden, aber das seien wohl lediglich Übergangerscheinungen.“*²⁹

Die regionale Tageszeitung der Zentrumspartei, die „Freiburger Tagespost“, kommentierte am 24. und 25. März 1933 die Zustimmung der Partei zum Ermächtigungsgesetz u. a. damit, dass es den bisherigen revolutionären Ereignissen ein Ende setze. Um Schlimmeres zu verhüten, müsse die Partei zurückstehen, weil Volk und Vaterland über allen Parteiinteressen stünden. Im Übrigen glaube man an die Möglichkeit zur Mitarbeit am großen Neuen, das im Werden ist.³⁰ In unmissverständlicher Klarheit erklärte das Freiburger St. Konradsblatt die Bedeutung der „historischen Reichstagssitzung“ vom 23./24. März 1933 in einem längeren Beitrag, der hervorhebt: *„Jetzt verzichtet der Reichstag freiwillig auf jegliche Einflussnahme und Mitwirkung bei politischen Beschlüssen sowie in der gesamten Gesetzgebung. Die Rechte der Volksvertretung werden auf vier Jahre an die Regierung delegiert.“*³¹

von Pape bei seinem Besuch bei Papst Pius XI. an Ostern 1933 die Idee eines Reichskonkordats zur Sprache gebracht habe. Gröbers Denkschrift ist auch abgedruckt in Bruno Schwalbach, Erzbischof Conrad Gröber und die deutsche Katastrophe. Karlsruhe 1994, S. 120–183.

²⁸ Paul-Ludwig Weinacht, Ernst Föhr (1892–1976), in: Ders.: Politische Kultur am Oberrhein. Karlsruhe 2012, S. 119–131, hier S. 126. Übrigens hatten z. B. auch der erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuss oder der erste Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Reinhold Maier, seinerzeit dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt.

²⁹ Frankfurter Zeitung vom 1. April 1933. Zitiert aus der von mir betreuten Zulassungsarbeit von Mechthild Volk, Die Machtergreifung des Nationalsozialismus im Spiegel einiger regionaler Tageszeitungen (Oberbaden) und einer überregionalen Tageszeitung. PH Freiburg 1971, S. 81.

³⁰ Freiburger Tagespost 24./25. März 1933. Zitiert aus: Mechthild Volk, Die Machtergreifung, S. 82.

³¹ St. Konradsblatt 17/1933, S. 213.

Der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz; Kardinal Bertram, übermittelte ziemlich überstürzt am 25. März allen Bischöfen telegrafisch den Entwurf einer Erklärung für eine neue Verhaltensrichtlinie gegenüber dem Nationalsozialismus mit der Bitte um telegrafische Nachricht „Angenommen“ oder „Abgelehnt“ bis zum 29. März. Schon am 28. März konnte er aufgrund der Zustimmung vieler Bischöfe eine offizielle Kundgebung veröffentlichen, in der die bislang geltende Ablehnung der nationalsozialistischen Bewegung und die entsprechenden Verbote und Warnungen *„nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen“*. Zur Begründung heißt es in dem Text: *„Es ist nunmehr anzuerkennen, dass von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen Ländern abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird.“*³²

Ungehört blieben die Warnungen, die z. B. in der vom Freiburger Verlag Herder verlegten Jesuitenzeitschrift „Stimmen der Zeit“ zu lesen waren. Hier hatte sich u. a. Gustav Gundlach SJ in seinem Beitrag *„Grundsätzliches über Partei und Parteien“* klar gegen die von den Nationalsozialisten vertretene Ideologie, die *„auf eine partei- und parlamentsunabhängige autoritäre Staatsführung hinstrebt“* geäußert. Die Theorie des „Dezisionismus“ als politisches Machtprinzip, mit der der katholische Jurist Carl Schmitt diese Maxime begründet hatte, wies Gundlach entschieden zurück.³³ Auch Max Pribilla SJ nahm in der Zeitschrift Stellung zu den Ereignissen, wobei er offenbar den Argwohn der Nationalsozialisten damit weckte, dass er den klugen Satz von Augustinus zitierte: *„Wenn die Gerechtigkeit fehlt, was sind dann die Reiche anders als große Räuberbanden?“*³⁴ Noch deutlicher wandte sich in der gleichen Zeitschrift Mitte des Jahres 1933 der Jesuit Jakob Overmans in einem Beitrag *„Um Demokratie“* gegen den Einparteienstaat und begründete ausführlich die Notwendigkeit einer *„gesunden Opposition, die keine Regierung, erst recht keine parlamentarische, entbehren kann,*

³² Zitiert in Gruber, Katholische Kirche Nr. 21 und 22, S. 38/39f.

³³ Gustav Gundlach, Grundsätzliches über Partei und Parteien, in: Stimmen der Zeit 124 (1933), S. 148.

³⁴ Max Pribilla, Verfassungstreue, in: Stimmen der Zeit 125 (1933), S. 57ff.

weil unter Menschen auf die Dauer jede unbeaufsichtigte Gewalt missbraucht wird“. Weiter heißt es in dem Beitrag: *„Nun bietet gerade die organisch gewachsene Demokratie die beste Gewähr, dass die Staatsregierung nicht die Macht dem Gemeinwohl vorzieht.“* Und schließlich betonte Overmans: *„Der demokratische Staat ist allen Bürgern zur Hut übergeben, sie sind selber der Staat.“*³⁵ Deutlicher konnte man sich wohl nicht zur Demokratie bekennen!

Aber aus der Sicht der deutschen Mehrheit, auch der Katholiken und ihrer Bischöfe, hatte die Demokratie in den Weimarer Parlamenten versagt. Zur Verteidigung der Demokratie wollte man keinen Widerstand riskieren. Im Gegenteil. Als der o.g. Pfarrer Senn von Flehingen, einer aus *„der Reihe der Kämpfer des Nationalsozialismus“*, im Mai 1933 im „Kampfbund für deutsche Kultur“ in der Freiburger Festhalle einen regimefreundlichen Vortrag hielt, wurde er *„stürmisch begrüßt“*; am Ende der Veranstaltung sang die Menge stehend *„Deutschland, Deutschland über alles“* und das *„Horst-Wessel-Lied“*: *„Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen, SA marschiert ...“*³⁶

Wenn in kritischen Urteilen die Hauptschuld an der Kapitulation der Kirche den Bischöfen und dem Klerus zugeschrieben wird, so ist freilich an den Druck zu erinnern, dem sie ausgesetzt waren, an die Angst vor einem erneuten „Kulturkampf“, der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das kirchliche Leben so schwer beeinträchtigt hatte. Im Rückblick hat Erzbischof Gröber in einem Hirtenbrief vom 3. Oktober 1945 die Vorwürfe gegenüber den Bischöfen nachdrücklich zurückgewiesen.³⁷ Wahrscheinlich hatte der Apostolische Nuntius nicht Unrecht, wenn er im März 1933 eine wachsende Ungeduld des Kirchenvolkes feststellte, das zur Aufhebung der bischöflichen Warnungen vor dem Nationalsozialismus drängte. Offenbar hat Orsenigo auch das Zentrum zu einer Koalition mit der NSDAP ermuntert. Im Übrigen gab es, wie Walter Dirks schon im Juli 1932 festgestellt hatte, im kleinbürgerlichen und

³⁵ Jakob Overmans, Um Demokratie, in: Stimmen der Zeit 125 (1933), S. 23f.

³⁶ EAF, PA Senn, Band 3. Erzbischof Gröber vermerkte in seiner Rechtfertigungsschrift *„Meine Mitarbeit am deutschen Konkordat“* S. 307: Senn *„ist fern vom politischen Leben gebrochenen Herzens gestorben“*. Im Necrologium für die 1940 verstorbenen Geistlichen der Diözese heißt es über Senn: *„Senn war von großer Gemütsiefe und konnte sich für eine als richtig erkannte Idee lebhaft begeistern und mit großer Hingabe einsetzen ... Senn ist als Redner sehr hervorgetreten und hat sich auch schrifstellerisch betätigt.“* FDA 68 (1941), S. 51.

³⁷ Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg i. Br., 3. Oktober 1945, abgedruckt in Schwalbach, Gröber und die deutsche Katastrophe, S. 251–264, bes. S. 256–258.

bäuerlichen Teil des katholischen Volkes eine Affinität zum Nationalsozialismus, die zunehmend auch den katholischen Mittelstand infizierte.

Das trügerische Reichskonkordat

Es gibt bis heute Gerüchte, Hitler habe dem Prälaten Kaas die Bereitschaft zugesichert, mit dem Vatikan über ein Reichskonkordat zu verhandeln, und ihn so mit dem Zentrum zum Einverständnis mit dem Ermächtigungsgesetz gebracht. Der beste Kenner der Materie, Rudolf Morsey, hat diese Vermutungen schon lange zurückgewiesen.³⁸ Die systematische Recherche in den 2003 freigegebenen Akten des Vatikanischen Geheimarchivs für die Jahre 1922–1939 hat Morseys Einschätzung voll bestätigt. Pacelli und Papst Pius XI. haben auf das Zentrum keinen Einfluss genommen und vor dem April 1933 keine Initiativen zu den Verhandlungen über das Konkordat ergriffen.³⁹ Tatsache ist, dass Mitte April Vizekanzler von Papen nach Rom reiste, um diese Verhandlungen zu einem Reichskonkordat einzuleiten. Sie wurden zügig vorangetrieben.⁴⁰ Von den deutschen Bischöfen war es vor allem der Freiburger Erzbischof Gröber, der die Sache förderte. Gröber, Jahrgang 1872, stammte aus demselben badischen Geniewinkel wie Heidegger, war durch sein Studium am Germanikum in Rom mit dem Vatikan vertraut und hatte beste Beziehungen zum Kardinalstaatssekretär Pacelli. Ihn hatte Gröber als Freiburger Domkapitular bei dessen Besuch als damaliger Nuntius beim Freiburger Katholikentag 1929 auf einer Reise durch Südbaden begleitet, und er wusste nur zu gut, wie sehr der Vatikan dem faschistischen Regime Mussolinis durch die Lateranverträge von 1929 zu Dank verbunden war.⁴¹ 1932 war Gröber sozusagen im Handstreich vom Vatikan unter Ausschluss des Domkapitels zum Freiburger Erzbi-

³⁸ Vgl. seine Publikation unter Anm. 27.

³⁹ Ausführlich dazu Hubert Wolf, *Papst & Teufel. Die Archive des Vatikans und das Dritte Reich*. München 2008 bzw. Becksche Reihe 2012, S. 145–203.

⁴⁰ Vgl. oben Anm. 20. Die umfassende Darstellung bietet Ludwig Volk, *Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933*. Mainz 1972.

⁴¹ Zu Gröber grundlegend: Hugo Ott, Conrad Gröber, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus der katholischen Kirche des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 6. Mainz 1984; Ders., *Erzbischof Conrad Gröber (1872–1948)*, in: FDA 118 (1998), S. 357–372; Bruno Schwalbach, *Erzbischof Gröber und die nationalsozialis-*

schof kreierte worden. Intellektuell und rhetorisch hoch begabt, ein Patriot wie die meisten seiner Generation, scharfzüngiger Antibolschewist und Gegner der Liberalen. Er fürchtete nichts so sehr, als dass die Katholiken im neuen Staat erneut ins Abseits geraten könnten und dass es wieder zu einem Kulturkampf käme. Seine persönlichen Erinnerungen an den Kulturkampf in Baden lehrten ihn, es komme nicht nur darauf an, den katholischen Glauben zu verteidigen, sondern ebenso die Katholiken vor dem Vorwurf der Untreue gegenüber dem Vaterland zu schützen.⁴² Seine ganze Hoffnung setzte er auf den jetzigen Einfluss der Katholiken im neuen Staat. Für ihn war wichtig: Der Führer war katholisch und ging, wie Gröber dem Domkapitel versicherte, zur Osterkommunion.⁴³ Auch der Vizekanzler von Papen war katholisch⁴⁴, ebenso der Propagandaminister Joseph Goebbels⁴⁵ und auch der Reichsführer SS, Heinrich Himmler⁴⁶. Vielleicht wurde Gröber deshalb auch Fördermit-

tische Diktatur. Karlsruhe 1986; Christoph Schmider, Die Freiburger Bischöfe. Freiburg 2002, S. 143–150. Gröbers Reisebeschreibung ist wieder abgedruckt in: Conrad Gröber, Mit dem Apostolischen Nuntius durch den Schwarzwald an den Bodensee, hrsg. und kommentiert von Johannes Werner, in: FDA 132 (2012), S. 79–117.

⁴² Er hatte als Schüler in seiner Heimat Meßkirch in den 1870er-Jahren erlebt, wie alt-katholische Lehrer die Katholiken in der Klasse als die „römischen Siechen“ beschimpften. Hierzu Edwin-Ernst Weber (Hrsg.): Renitenz und Genie. Meßkirch und der badische Seekreis zwischen 1848/49 und dem Kulturkampf. Konstanz 2003, bes. die Beiträge von Weber, S. 91–127 und Hugo Ott, S. 189–202.

⁴³ Laut einer Aktennotiz im Erzbischöflichen Archiv Freiburg, mitgeteilt vom 2007 verstorbenen früheren Leiter des Archivs, Dr. Franz Hundsnurscher. Im Rahmen der im Folgenden erörterten Diözesansynode erklärte Gröber am 27. April 1933: „Wenn heute in der Zeitung stand, dass Hitler protestantisch werden wollte, ist das eine Verleumdung. Hitler ist es, der es mit den Katholiken gut meint, Hitler wird nicht zugeben, dass die katholische Kirche in Deutschland untergeht in einem Mischmasch.“ EAF, B2-56-20, Reinschrift der Vorträge und Reden in der Synode. Die Passage ist in der Druckfassung der Diözesansynode weggelassen. Hitler ist nie aus der Kirche ausgetreten, wurde auch nicht exkommuniziert. Als Staatsoberhaupt war er von der Kirchensteuer befreit.

⁴⁴ Franz von Papen war Ordensmitglied bei den Rittern vom Heiligen Grab und Päpstlicher Geheimekammerer, ein Titel, den Papst Pius XII. dem „Steigbügelhalter Hitlers“ 1939 entzog, der ihm aber vom gutherzigen Papst Johannes XXIII. erneut zugeteilt wurde. „Von Papen ist cattolicissimo“, hatte der deutsche Vatikanbotschafter bei einer Audienz im Staatssekretariat des Vatikans versichert; außerdem erklärte er: „Hitler ist gebürtiger Katholik [...] Konstantin Freiherr von Neurath [...] [bleibt] als praktizierender Katholik in der Regierung Hitlers.“ Zitiert von Wolf, Papst & Teufel, S. 179.

⁴⁵ Dass Goebbels sich 1931 in Berlin mit Magda Quandt evangelisch trauen ließ, wodurch er praktisch exkommuniziert war, wurde wohl geflissentlich verschwiegen. Wie Goebbels im Tagebuch 1941 schrieb, hat ihm der Führer verboten, aus taktischen Gründen, aus der Kirche auszutreten.

⁴⁶ Am 18. September 1936 erklärte Himmler vor dem Berliner Amtsgericht offiziell seinen Austritt aus der Kirche.

glied der SS, die als die anständigere, disziplinierte NS-Truppe galt, während die SA doch viele Rabauken in ihren Reihen hatte. Übrigens wurde dem Erzbischof 1938 die Mitgliedschaft entzogen mit der Begründung, er sei der Aufforderung zum freiwilligen Austritt nicht nachgekommen.

Vom 25. bis 28. April 1933 fand im Erzbischöflichen Ordinariat eine Diözesansynode statt. Vor der Versammlung erklärte der Erzbischof als höchste Autorität im Bistum: *„Wir dürfen und wir können den neuen Staat nicht ablehnen, sondern müssen ihn bejahen mit ‚unbeirrbarer Mitarbeit‘, wie es vor wenigen Tagen in einem Telegramm eines führenden katholischen Priesters und Politikers hieß. Das ist keine Charakterlosigkeit, sondern die Pflicht der Stunde aus klarer Erkenntnis. Eine ‚unbeirrbar Mitarbeit‘ allerdings mit Würde und Ernst.“* Was für eine verhängnisvolle Positionsbestimmung des Erzbischofs! Gröber fuhr fort: *„Wir müssen vor allem die Nerven behalten und dabei an das Volksganze und katholische Ganze denken, so schwer und so schmerzlich auch für manche, zumal für ergraute Menschen mit starrem Charakter, das Sichumstellen und Einfühlen ist. Wir müssen uns umschalten [...] Wir dürfen nicht provozieren, denn wer zum Schwert greift, kommt durch das Schwert um (Mt 26, 52) [...] Wir müssen uns einschalten, um Einfluss zu gewinnen.“*⁴⁷ Am gleichen Tag fand übrigens eine Konferenz von Vertretern der Kirchenprovinzen statt, auf der (nach einem Bericht von Ernst Föhr als Teilnehmer) der Berliner Bischof versicherte, Hitler habe den ernstesten Willen, mit der katholischen Kirche übereinzukommen. Zum 44. Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April hatte Prälat Kaas aus Rom dem Führer gratuliert und ihm die *„unbeirrte Mitarbeit am großen Werk der Schaffung eines innerlich geeinten, sozial befriedeten und nach außen freien Deutschland“* versichert.⁴⁸ Aus dem Glückwunsch von Kaas hatte Gröber sein Bekenntnis zu „unbeirrbarer Mitarbeit“ übernommen.

Das Freiburger St. Konradsblatt berichtete in der Ausgabe vom 7. Mai 1933 ausführlich über die Diözesansynode und betonte mit Bezug auf Gröbers Aufruf zur Mitarbeit am neuen Staat: *„Diese wegweisenden Worte wurden allgemein als gegebene Richtlinien für die weiteren Verhandlungen empfunden.“* Das Blatt erwähnte weiter: *„Zum Schluss*

⁴⁷ Diözesansynode des Erzbistums Freiburg vom 25. bis 28. April 1933, hrsg. im Auftrag des Hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Dr. Conrad Gröber. Freiburg 1934, S. 22f.

⁴⁸ Volk, Kirchliche Akten, deutsche Übersetzung S. 9.

stellte sich Seine Exzellenz noch einmal mit aller Entschiedenheit zu seinem Ruf in seinem Einleitungsvortrag nach der Mitarbeit im Staat, so wie er heute geworden ist.“⁴⁹

In einem gemeinsamen Hirtenbrief, den Gröber entworfen hatte und der am 3. Juni 1933 veröffentlicht wurde, erklärten die deutschen Bischöfe ihre grundsätzliche Zustimmung zum „nationalen Erwachen“, zur Betonung der Autorität und zur Forderung der organischen Eingliederung der Einzelnen in das Ganze, zum Bemühen, „die Ketten zu zerschlagen, in die uns andere schlugen“. Ausdrücklich betonten die Bischöfe: „Zu unserer großen Freude haben die führenden Männer des neuen Staates ausdrücklich erklärt, dass sie sich selbst und ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Es ist das ein öffentliches, feierliches Bekenntnis, das den herzlichen Dank aller Katholiken verdient.“ Und weiter: „Ein abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staat gegenüber müsste Kirche und Staat verhängnisvoll treffen.“⁵⁰

Ernst-Wolfgang Böckenförde, der spätere Freiburger Staatsrechtswissenschaftler und 1983 bis 1996 Verfassungsrichter, war einer der ersten, wenn nicht der erste Katholik überhaupt, der – wie oben bereits angesprochen – das Verhalten des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 einer kritischen Analyse unterzog und sie in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ 1960/61 publizierte.⁵¹ Die Kehrtwende im deutschen Katholizismus führte er vor allem auf den antiliberalen Kurs und die rein weltanschauliche, nicht eigentlich politisch motivierte Gegnerschaft der Kirche gegen den Nationalsozialismus zurück. Seine Deutung bewirkte damals einen Sturm der Entrüstung. Aber Böckenförde konnte die Gegenargumente weitgehend entkräften. Allerdings ist in Ergänzung zu der damaligen Debatte klarzustellen, dass es sowohl den Bischöfen wie auch vielen Zentrumspolitikern in ihrer Zustimmung zum „neuen Reich“ auch, wenn nicht sogar vor allem, um das ganze Vaterland ging, nicht nur um dessen katholischen Bevölkerungsteil. In seiner genannten

⁴⁹ St. Konradsblatt vom 7. Mai 1933, S. 288. Die Passage aus dem Schlussvortrag des Erzbischofs wurde in der gedruckten Fassung des Diözesanberichts weggelassen.

⁵⁰ Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, hier zitiert aus: Gruber, Katholische Kirche, S. 80–86, bes. S. 83. Die Bischöfe erklären in dem Hirtenbrief aber auch ausdrücklich: „Nur glauben wir, dass eine Volkseinheit sich nicht nur durch die Blutsleichheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen lässt, und dass bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes zu Ungerechtigkeiten führt, die das christliche Gewissen belasten“ (S. 82).

⁵¹ Vgl. oben Anm. 7.

Rede vor der Freiburger Diözesansynode hat Erzbischof Gröber mit Nachdruck betont: *„Wir müssen [...] an das Volksganze und katholische Ganze denken [...] und nur den einen Gedankengang durchdenken: Was wird aus Deutschland, aus dem deutschen Volk, aus dem katholischen deutschen Volk, aus der ganzen Welt, wenn das Neue, das nun geworden ist, wieder zerfällt?“* Gröber war wie viele, wenn nicht wie die meisten seiner Zeitgenossen zutiefst Patriot. Das Vaterland war dieser Generation heilig, und das Vaterland – freilich auch das Christentum im Ganzen – sah man durch den Bolschewismus, aber auch durch das Chaos der fast bürgerkriegsähnlichen Zustände in den Monaten bis zum Ermächtigungsgesetz in Gefahr. Da erschien Hitler vielen als der große Retter. Der Einparteienstaat sowie die politische Gleichschaltung der Länder wurden hingenommen. Nach dem Verbot der SPD und der Selbstauflösung der bürgerlichen Splitterparteien musste sich am 5. Juli 1933 auch das Zentrum, sicher in Kenntnis der Bestimmungen des Konkordats, selbst auflösen. Der Parteivorsitzende Kaas weilte längst in Rom gleichsam im Asyl. Vergeblich hatte man auf bestimmte Begünstigungen gehofft, wie Goebbels im Tagebuch zum 1. Juli 1933 vermerkte: *„Das Zentrum will sich auflösen. Aber zu denselben Bedingungen wie die D.N.V.P. Abgelehnt. Soll so kaputt gehen.“*⁵²

Am 8. Juli 1933 wurde das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich paraphiert und am 20. Juli im Vatikan von Pacelli und von Papen unterzeichnet. Es sollte der NS-Regierung einen erheblichen Prestigegewinn im Innern wie im Ausland bescheren. Mit Nachdruck hatte der Freiburger Erzbischof zur Beschleunigung der Verhandlungen gedrängt.⁵³ Im Mai 1933 war er zusammen mit dem Osnabrücker Bischof Berning als Unterhändler in Rom. Die beiden galten als die am meisten staatsnahen Vertreter des Episkopats. Berning war preußischer Staatsrat und wurde von Hitler auch in Privataudienz empfangen. Von dem Jesuitenpater Robert Leiber, der wie Gröber aus Südbaden stammte und mit ihm befreundet war, wurde Gröber stets auf dem Laufenden gehalten.⁵⁴ In seiner Aufzeichnung *„Meine Mitarbeit*

⁵² Joseph Goebbels, Tagebücher, hrsg. von Ralf Georg Reuth. Bd. 2, Serie Piper München 1992, S. 819; Rudolf Morsey: Der Untergang des politischen Katholizismus. Stuttgart 1977.

⁵³ Grundlegend: Clemens Bauer, Erzbischof Gröber und das Reichskonkordat, in: Festschrift für Wolfgang Müller. 1970, S. 287–331.

⁵⁴ Robert Leiber SJ, Der Vatikan und das Dritte Reich, in: Politische Studien 14 (1963), S. 293–298. Leiber war faktisch Privatsekretär von Pacelli.

am *deutschen Konkordat*“ schrieb Gröber, Papen habe Hitler von der Zweckmäßigkeit eines Konkordats überzeugen können. „*Nach seiner (Hitlers) Zusage trieb ich die Sache in Rom vorwärts.*“⁵⁵ Anfang Juli drängte Gröber Pacelli nochmals in einem Brief, das Reichskonkordat umgehend zu paraphieren.⁵⁶ Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Konkordats sandte Gröber ein begeistertes Dankschreiben an Pacelli und drückte seine tiefe Befriedigung über den gewaltigen Erfolg aus. Aufrichtige Dankesbriefe an den Reichskanzler Hitler schrieben Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München und Vorsitzende der Bayerischen Bischofskonferenz, sowie Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz. Der Vizekanzler dankte seinerseits Gröber wenige Tage nach Unterzeichnung des Konkordats ausdrücklich: „*Ich beeile mich, Ihnen von Herzen zu danken, insbesondere für Ihre so tätige Mithilfe und das so überaus große Verständnis, welches Sie der derzeitigen politischen Lage entgegengebracht haben, um dadurch dem Vertrag zur Annahme zu verhelfen.*“⁵⁷

Die endgültige Ratifizierung des Konkordats erfolgte im September 1933. An vielen Orten wurden Dankgottesdienste veranstaltet. Besonders festlich feierte man das Ereignis in Berlin. Einem Bericht der Gaupropagandaleitung Berlin der NSDAP zufolge vereinbarte man dort: „*Der päpstliche Nuntius wohnt am Sonntag nach der Ratifizierung des Konkordats im Hedwigsdom einem feierlichen Hochamt bei, singt das Tedeum und erteilt den Segen. Ein nationalsozialistischer katholischer Geistlicher hält die Festpredigt. Die katholischen SS-Männer und SA-Männer Berlins nehmen geschlossen an diesem Festgottesdienst teil und behalten ihre Plätze auch während des Tedeums und der Aussetzung bei [...] Während das Hochamt im Hedwigsdom zelebriert wird, wird auf dem Opernplatz eine deutsche Singmesse aufgeführt. Eine SA-Kapelle spielt die Kirchenmusik.*“⁵⁸ Erzbischof Gröber betonte in seinem Dankgottesdienst im Freiburger Münster, er habe „*das unerschütterliche Ver-*

⁵⁵ Das Manuskript der umfangreichen Rechtfertigungsschrift Gröbers aus dem Jahr 1947 blieb lange ungedruckt in Gröbers Nachlass und wurde erst von Ludwig Volk im Anhang seiner Dokumentation *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen*. Mainz 1969, S. 305–352 veröffentlicht. Das Zitat S. 315.

⁵⁶ Volk, *Kirchliche Akten*, S. 107.

⁵⁷ Ebd., S. 192.

⁵⁸ Alfons Kupper, *Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*. Mainz 1969, S. 346f.

trauen, dass der Führer fest zu seinem Werk stehe“.⁵⁹ Die Motive zu derartigen Huldigungen gegenüber dem Führerstaat mögen im Einzelnen nachvollziehbar sein; dennoch bleibt das Ausmaß der Zustimmung zur NS-Diktatur bedrückend.

Gute Beziehungen zum Staat?

Ein wichtiger Partner für die katholische Kirche in ihrer Haltung zum neuen Staat war der südbadische Industrielle Albert Hackelsberger.⁶⁰ Als stellvertretender Zentrumsvorsitzender hatte er zusammen mit Prälat Kaas die Vorverhandlungen mit Hitler über die Zustimmung der Partei zum Ermächtigungsgesetz geführt. Er blieb nach der Auflösung des Zentrums als Hospitant der NSDAP weiterhin (bis 1938) Reichstagsmitglied und spielte als enger Vertrauter des Vizekanzlers von Papen eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen mit Rom. In enger Verbindung mit Erzbischof Gröber, mit dem er persönlich befreundet war, galt er gleichsam als Zeuge für die Richtigkeit von Gröbers Strategie „Mitmachen, um Einfluss zu gewinnen“. Hackelsberger erreichte die Zustimmung der Reichsregierung zu dem Bemühen der Jesuiten, das Anwesen des ehemaligen Benediktinerklosters St. Blasien zu erwerben und dort ein Kolleg zu errichten. Ein sensationelles Entgegenkommen, zu dem keine frühere deutsche Regierung bereit gewesen war. Bisher hatten katholische Eltern in Süddeutschland begabte Söhne in das Jesuitenkolleg „Stella Matutina“ in Feldkirch geschickt, was durch die „1000-Mark-Sperre“ der Regierung blockiert worden war. Nun konnte Erzbischof Gröber Anfang August 1933 seinem Landsmann Robert Leiber in Rom berichten. *„Vergangene Woche habe ich mit Freuden meine Zustimmung gegeben, dass St. Blasien die deutsche Stella wird.“*⁶¹ Im April 1934 konnte das neue Kolleg den Unterrichtsbetrieb eröffnen.

Der Freiburger Weihbischof Wilhelm Burger rief auf dem Bezirks-Katholikentag in Haslach im Juni 1933 vor 7000 Teilnehmern dazu auf:

⁵⁹ Zitiert aus Böckenförde, *Katholizismus 1933*, hier S. 223. Eine genaue Schilderung der Vorgänge im *Katholischen Kirchenblatt für das Bistum Berlin* vom 24. September 1933.

⁶⁰ Zu Albert Hackelsberger vgl. *Badische Biographien* Bd. 4, S. 117f.; Hackelsberger wurde 1940 als Gegner des Nationalsozialismus inhaftiert und verstarb in der Haft oder an deren Folgen.

⁶¹ Gröber an Leiber, in: *Volk, Kirchliche Akten*, S. 217.

„*Streben wir freudig nach den Zielen, die uns der Führer des deutschen Volkes gesetzt hat [...] Arbeiten wir mit an dem Aufbau unseres Vaterlandes!*“⁶² Ähnlich umriss er in einem Beitrag für die neue Zeitschrift „Zeit und Volk. Zeitschrift für deutsche Kultur“ im August 1933 die Bereitschaft, die nationalsozialistische Neuordnung von Staat und Gesellschaft zu unterstützen. Der Text beginnt mit dem Satz: „*Das katholische Volk begrüßt die nationale Erhebung.*“ Des Weiteren heißt es: „*Aus der Heimatscholle schöpfen wir Katholiken die Kraft, dem deutschen Volke, unserem geliebten Vaterlande zu dienen*“; doch dann betont Burger auch: „*Der Katholik aber vergöttert nicht das Vaterland; denn für ihn gibt es noch höhere Güter: Religion und Gott.*“ Am Schluss schreibt der Weihbischof: „... *alle sind berufen zur Mitarbeit am großen nationalen Wiederaufbauwerk. Die Zerrissenheit und die Gegensätzlichkeit unseres Volkes müssen der Einheit und Geschlossenheit weichen; nur wenn der einzelne sich als Glied eines Organismus betrachtet, das Allgemeinwohl über das Eigenwohl stellt, wird sein Leben freudiges Dienen am Vaterlande.*“⁶³ Bei aller Betonung der höheren Güter, die für die katholische Kirche über „Volk und Vaterland“ stehen, erscheinen doch die gemeinsamen Schnittmengen mit dem Nationalsozialismus bis in die Wortwahl hinein beträchtlich.

In einer offiziellen Anordnung genehmigte Erzbischof Gröber am 25. August 1933 die Zulassung von Fahnen, „*die kein Abzeichen tragen, das an sich verboten oder verwerflich ist. Unter diesen Bedingungen können Fahnen in die Kirche zugelassen werden. Demgemäß besteht kein Hindernis, auch die Fahnen und Abzeichen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in die Kirchen zuzulassen und deren Aufstellung im Kirchenschiff zu gestatten. Wir weisen die Pfarrgeistlichkeit an, künftighin den Mitbringern solcher Abzeichen zum Gottesdienst oder zur Teilnahme an kirchlichen Prozessionen keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten*“.⁶⁴

So überrascht es auch nicht, dass Erzbischof Gröber bei einer Katholikenversammlung in Karlsruhe am 9. Oktober 1933 erklärte, wie die

⁶² Zitiert im St. Konradsblatt 1933, S. 355.

⁶³ Weihbischof Wilhelm Burger, Unser Wille zur Tat, in: Zeit und Volk 1 (1933), S. 181–183, abgedruckt in: Gruber, Katholische Kirche, S. 115–117.

⁶⁴ Zitiert in: Michael Schmaus, Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung (= Reich und Kirche. Eine Schriftenreihe). Münster 1934, S. 7.

„Freiburger Zeitung“ vom 10. Oktober 1933 zitierte: *„Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, dass ich mich restlos hinter die neue Regierung und das neue Reich stelle. Wir wissen, was das Reich erstrebt. Es hat einen Vertrag geschlossen mit dem Hl. Stuhl, der nicht nur auf dem Papier steht, sondern lebendiges katholisches deutsches Volksleben werden soll. Eine der ersten Kundgebungen des Führers war eine christliche. Er hat seine Hand erhoben gegen alle diejenigen, die gegen das Kreuz anstürmten.“*⁶⁵ Am 3. November des Jahres verfasste Gröber den Entwurf für eine Wahlkundgebung zur Reichstagswahl vom 12. November 1933, in der er den Katholiken ans Herz legte: *„Es erscheint uns als vaterländische Pflicht, dem deutschen Volk wie bisher so auch in der gegenwärtigen Schicksalsstunde die Liebe und Treue zu wahren und am 12. November die Einmütigkeit mit den übrigen Volksgenossen zu beweisen.“*⁶⁶ Der Vizekanzler der Hitlerregierung dankte noch am Tag der Wahl dem Erzbischof für sein Engagement mit den Worten: *„Eure Exzellenz, es ist mir ein ehrliches Bedürfnis, Eurer Exzellenz für den so warm gehaltenen Wahlaufruf Eurer Exzellenz persönlich meinen herzlichsten Dank auszusprechen.“*⁶⁷ Gewählt wurde bekanntlich nach einer Einheitsliste, was die Wahl natürlich zur Farce werden ließ.

Wie haben sich die Katholiken, wie die Bischöfe, wie hat sich Erzbischof Gröber angesichts der immer massiver betriebenen Demontage von Demokratie und Freiheit durch die NS-Diktatur in der Folge verhalten? Was mögen sie empfunden haben, wenn sie von der Verfolgung der Kommunisten erfuhren, vom Verbot der SPD und der Gewerkschaften, vom Boykott jüdischer Geschäfte, von Übergriffen der Gestapo gegen kirchliche Einrichtungen und Verbände? Tatsache ist, dass die Amtskirche zunächst vorsichtig optimistisch blieb und antikirchliche Vorfälle nicht der Regierung oder gar dem Kanzler anlastete. Offenbar vertraute die Mehrheit des „katholischen Volkes“ in dieser Umbruchzeit der Kirchenleitung. Mehr denn je suchten die meisten Katholiken gerade jetzt ihre Heimat in ihrer Kirche. So hatten z. B. die Fronleichnamsprozessionen 1933 und 1934 weit mehr Teilnehmer als in der Weimarer Zeit; häufig waren es doppelt so viele. In der katholischen Zeitschrift „Der

⁶⁵ Freiburger Zeitung (Digitalisierte Bestände der UB Freiburg) vom 10. November 1933, S. 2. Ausführlich berichtete auch die Zentrumszeitung „Germania“ in der Ausgabe vom 11. November 1933 über die Rede Gröbers.

⁶⁶ Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 436.

⁶⁷ Zitiert in ebd., S. 442.

Gral“ konstatierte man: „*Seit den Tagen des Kulturkampfes hatte es kein so starkes und einiges katholisches Christentum mehr gegeben wie im Jahr nach dem großen Umbruch.*“⁶⁸ In einem Brief an Pacelli vom 28. Dezember 1933 betonte Gröber: „*Das religiöse Leben hat in den letzten Monaten nicht gelitten. Wir stellen im Gegenteil fest, dass der Kirchenbesuch und der Sakramentenempfang wachsen.*“⁶⁹ Die Zahl der Neupriester wuchs in den Jahren von der NS-Machtergreifung bis zum Zweiten Weltkrieg – jedenfalls in der Erzdiözese Freiburg – von Jahr zu Jahr und hatte sich von 1933 bis 1938 fast verdoppelt.⁷⁰

Katholiken fanden aber auch, wie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, vieles durchaus gut am neuen Regime: Die Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, das Ende der Straßenschlachten, die nationale Stimmungsmache gegen das „Versailler Schanddiktat“, die lauten Töne gegen die „liberale“ Entsittlichung und gegen „Schmutz und Schund“, die Kampfansage gegen den Bolschewismus. Gerade Letzteres brachte die katholische Kirche an die Seite des NS-Regimes. Auch dem Schlüsselwort der NS-Ideologie von der „Volksgemeinschaft“ konnte man als Katholik gern zustimmen. Offenbar überhörte man dabei den NS-Slogan „*Du bist nichts, dein Volk ist alles!*“ Die autoritären Strukturen und die Ausrichtung auf den Führer fanden die meisten durchaus zustimmungsfähig. „*Beim Staat gilt das Führerprinzip, im Vatikan desgleichen [...] ‚Parlamentarismus‘ im Episkopat schadet der Kirche*“, schrieb Prälat Kaas im Dezember 1933 an den Freiburger Erzbischof.⁷¹ Und Pacelli selbst soll im Juni 1933 die Meinung vertreten haben, „*für einen frommen Katholiken in Deutschland sei es konsequent, ein Nationalsozialist zu sein.*“⁷²

Besonders engagiert äußerten einige prominente Theologen ihre Übereinstimmung mit dem „Dritten Reich“ sogleich nach dem Abschluss des Konkordats in einer Schriftenreihe, die im (katholischen) Verlag Aschendorff in Münster unter dem Titel „Reich und Kirche“ erschien. Die Beiträge sollten dem Klappentext zufolge „*dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des Nationalsozialistischen*

⁶⁸ Vgl. oben Anm. 6. „Der Gral“ Jg. 1933/34, S. 436.

⁶⁹ Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 494.

⁷⁰ Christian Würtz, Die Priesterausbildung während des Dritten Reichs in der Erzdiözese Freiburg, Freiburg/München 2013, S. 80.

⁷¹ Kaas am 12. Dezember 1933 an Gröber, in: Volk, Kirchliche Akten, S. 483.

⁷² Zitiert von Volk, Das Reichskonkordat, S. 111, Anm. 52.

*Staates und des katholischen Christentums dienen [...] und Wege zu einem fruchtbaren Zusammenwirken zeigen, wie es sich in der grundlegenden Tatsache des Reichskonkordats abzeichnet“.*⁷³

Der bedeutende Kirchenhistoriker Joseph Lortz eröffnete die Reihe mit einer Broschüre „Katholischer Zugang zum Nationalsozialismus“. Lortz, der bis 1938 NSDAP-Mitglied blieb, brachte sein Bekenntnis auf die Formel „*Entweder Nationalsozialismus oder Chaos in Deutschland*“.⁷⁴ Als zweiter publizierte der Dogmatiker Michael Schmaus (seit 1933 Lehrstuhlinhaber in Münster) in der Reihe seine Schrift „*Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung*“. Beide Broschüren erhielten das kirchliche Imprimatur. Das Büchlein von Schmaus wurde schon bald nach dem Erscheinen in zwei weiteren Auflagen gedruckt. Bei Schmaus, der von 1946 bis zu seinem Tod 1993 in München als Ordinarius lehrte, liest man u. a.: „*Der Katholik [...] sieht in dem aus Blut und Boden, aus Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volksganzen ein Werk der göttlichen Vorsehung [...] Die Liebe, die der Gläubige zu seinem Volk hat, [...] ist verwurzelt im rauschenden Blut und tragenden Boden, die beide Gottes Werk sind, sie ist so letzten Endes verankert im unerschütterlichen göttlichen Urgestein. Eine Folge der Liebe zum Volk ist die gerechte Sorge für die Reinerhaltung des Blutes.*“⁷⁵ Ein engagiertes Plädoyer für die Integration der Katholiken in den NS-Staat bot das Heft „*Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus und deutsche Katholizismus*“ von dem Orientalisten Franz Taeschner. Die Einheit von Kirche und Reich sah Taeschner im gottgegebenen Naturrecht verankert. So konnte er formulieren: „*Wie die Kirche alle aus dem Schöpfungs- und Vorsehungswillen fließenden*

⁷³ Hinterer Klappentext in Heft 2 der Reihe „Reich und Kirche“.

⁷⁴ Lortz erwarb sich große Verdienste mit seiner Reformationsgeschichte (1939/40), die erstmals aus katholischer Sicht Luther angemessen darstellte. Zu seiner Biografie und Bedeutung: Gabriele Lautenschläger, Joseph Lortz (1887–1975), Würzburg 1987, sowie zahlreiche Hinweise in beiden Bänden des Standardwerkes von Dominik Burkard und Wolfgang Weiß (Hrsg.), *Katholische Theologie und Nationalsozialismus*. Würzburg 2007/2011.

⁷⁵ Michael Schmaus, *Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung*. Münster 1933, S. 29. Im Artikel „Schmaus“ in der neusten Auflage des Lexikons für Theologie und Kirche, Bd. 9, Freiburg 2000, Sp. 172f. findet sich kein Wort über die Verstrickungen des Gelehrten in den Nationalsozialismus. Was seine Rolle 1933/34 betrifft, schreibt Elisabeth Gössmann, *Katholische Theologie unter Anklage des Nationalsozialismus*, in: *Münchener Theologische Zeitschrift* 55 (2004), S. 151–167 eher beschönigend; kritische Replik von Norbert Reck: „*Wer nicht dabei gewesen ist, kann es nicht beurteilen*“, in: ebd. 56 (2005), S. 342–354.

natürlichen Gegebenheiten bejaht, so bejaht sie auch durchaus den wahren Kern des Rassegedankens.“ Und weiter: „In dem Streben, die deutsche Nation rassisch zu säubern und zu veredeln, wird sich der Nationalsozialismus von niemandem beirren lassen [...] Auch im Interesse des Christentums liegt es ja viel mehr, als Gläubige reinrassige Völker zu haben.“⁷⁶

Enttäuschung und Resistenz

Das Konkordat garantierte der katholischen Kirche enorm viele Freiheiten und Sicherheiten. Der Fortbestand der Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden blieb unangetastet. Die Kirche behielt ihren Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts und konnte weiterhin Kirchensteuer erheben; die Staatsleistungen an die Kirche blieben gewährleistet. Der Religionsunterricht wurde als ordentliches Lehrfach anerkannt. Konfessionsschulen und kirchliche Privatschulen sollten weiterhin bestehen bleiben. Der Vatikan machte seinerseits dem Staat gegenüber in den Artikeln 31 und 32 allerdings schwer wiegende Konzessionen. Artikel 31 beschränkte die katholischen Organisationen und Verbände praktisch auf rein religiöse Belange und untersagte ihnen ausdrücklich jede Zusammenarbeit mit einer politischen Partei. In Artikel 32 versicherte der Vatikan, künftig den Geistlichen und Ordensleuten die Mitgliedschaft in politischen Parteien sowie jegliche Tätigkeit für diese zu verbieten. Damit war dem politischen Katholizismus Führung und Basis entzogen. Die Selbstauflösung des Zentrums und der BVP passte in diesen Kontext.

Die Enttäuschungen kamen schneller als erwartet. Kaum war das Konkordat unterzeichnet, musste die Kirchenleitung seine Schwächen erkennen. Der Pferdefuß im so gefeierten Konkordat steckte in den o. g. zwei Artikeln, mit denen es dem NS-Staat gelang, den politischen Katholizismus abzuwürgen und die Kirche als politische Macht auszuschalten. Artikel 31 beschränkte die katholischen Organisationen und Verbände praktisch auf rein religiöse, kulturelle und karitative Belange, und Artikel 32 verbot dem Klerus jede politische Aktivität. Man hatte

⁷⁶ Franz Taeschner, *Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus und der deutsche Katholizismus*. Münster 1934, S. 41 und 43.

Pacelli zu diesem Zugeständnis mit dem Hinweis auf das italienische Konkordat mit Mussolini gewonnen, in dem bereits eine solche Bestimmung enthalten war. Manchen Bischöfen war es nicht unlieb, dass an die Stelle des unbequemen politischen Katholizismus die streng kirchentreuere „Katholische Aktion“ treten konnte. Die NS-Parteikorrespondenz triumphierte am 22. Juli 1933 *„Die Kirche verbietet den Priestern durch das Konkordat jede politische Betätigung“* und weiter: *„Die Kirche gibt die bisherigen katholisch-politischen Vereine preis.“*⁷⁷ 1957 stellte das Bundesverfassungsgericht die uneingeschränkte Fortgeltung des Reichskonkordates fest.⁷⁸

In der neuen Situation seit Sommer 1933 waren viele Bischöfe verunsichert, warteten auf Weisungen aus Rom. Einzelne Oberhirten, vor allem der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, reagierten jeweils auf einzelne Vorgänge mit einer nicht endenden „Eingabepolitik“. Bertram schrieb unzählige Beschwerden, Stellungnahmen, Einsprüche an Regierungsstellen, Parteiinstanzen, Einzelpersonlichkeiten – alles ohne nachhaltigen Erfolg. Dennoch hielt er an der Illusion fest, es genüge, auf die Einhaltung oder Erfüllung der Konkordatsrechte zu beharren. Wie verhielt sich der Vatikan bzw. wie verhielt sich Pacelli in Rom? Bei aller diplomatischen Vorsicht zeigte sich der Kardinalstaatssekretär entschiedener. Gegen die Missachtung der Konkordatsbestimmungen richtete er schon bald heftige Beschwerden an die deutsche Reichsregierung.

Schon wenige Wochen nach der Ratifizierung des Konkordats übermittelte Pacelli am 19. Oktober 1933 ein umfangreiches „Promemoria“ an die Regierung und erhob darin Einspruch gegen *„eine wachsende Zahl von Verfügungen und Eingriffen in den durch die Konkordatsbestimmungen geschützten Wirkungs- und Freiheitsbereich der katholischen Kirche“*, zugleich drängte er auf die Erfüllung der Konkordatsvereinbarungen auf diplomatischem Weg: *„In dem Bestreben, der deutschen Reichsregierung die Peinlichkeit einer öffentlichen Auseinandersetzung über die vielfach bestehenden Zustände zu ersparen, und von dem Willen geleitet, in gegenseitiger Eintracht die Mißstände behoben die sehen, hat der Heilige Stuhl bisher den Weg vertraulicher Verhandlungen der*

⁷⁷ Kupper, Staatliche Akten, S. 289 und 390.

⁷⁸ Alexander Hollerbach, Das Reichskonkordat als geltendes Recht, in: Staatslexikon, hrsg. von der Görres-Gesellschaft, Bd. 4 Freiburg 1988, Sp. 789–791.

*Flucht in die Öffentlichkeit vorgezogen.*⁷⁹ Das „Promemoria“ zählt im Einzelnen neun Beeinträchtigungen auf, gegen die sich die Kirche zur Wehr setzte: *„Die mit allen möglichen Mitteln betriebene Niederhaltung und Erdrückung katholischer Vereine und Organisationen [...], die planmäßige Lahmlegung, die wirtschaftliche Vernichtung, sowie auch die meinungsmäßige Knechtung der katholischen Presse [...], die entschädigungslose Entlassung zahlloser katholischer Beamter, Angestellter und Gewerkschaftssekretäre [...], Die Beeinträchtigung der Sonntagsheiligung [...], die Tatsache, dass die katholischen Theologiestudierenden zum Wehrsport, zum Arbeitsdienst, zum Eintritt in die studentische Fachschaft gezwungen werden [...], die Beschlagnahmung kirchlichen Vermögens und kirchlicher Stiftungen [...], die schwere Gefährdung der katholischen Bekenntnisschule [...], die zwangsweise Schulung zur Durchdringung mit nationalsozialistischer Weltanschauung von Beamten, Angestellten und sogar in der Krankenpflege tätigen Ordensschwestern [...], den Gewissensdruck, in den die kirchlich gesinnten Katholiken durch das so genannte Sterilisierungsgesetz kommen ...“*⁸⁰

Erst nach knapp drei Monaten antwortete die deutsche Reichsregierung mit einem eher allgemein gehaltenen Memorandum vom 15. Januar 1934, in dem nochmals auf die Rede Hitlers vor dem Reichstag am 23. März 1933 verwiesen wurde, in der der Führer und Reichskanzler seinen aufrichtigen Wunsch und Willen betont hatte, *„die Rechte der christlichen Kirchen zu achten und zu schützen“*.⁸¹ Pacelli sah sich indes veranlasst, am 31. Januar 1934 in einem erneuten „Promemoria“ an die deutsche Reichsregierung die Einsprüche gegen die Verletzungen des Konkordats zu monieren, wobei er erklärte: *„... es hat seine Heiligkeit vorerst von einer öffentlichen und feierlichen Verwahrung noch abgesehen. Zu gleicher Zeit gab der Heilige Vater jedoch den Auftrag, die Deutsche Reichsregierung auf diplomatischem Weg den ganzen besorgniserregenden Ernst der Lage zur Kenntnis und zugleich zum Ausdruck zu bringen, dass er ein weiteres Schweigen Seinerseits nur verantworten könne, wenn durch wirksames Durchgreifen der Zentralautorität die Eigen-*

⁷⁹ Dieter Albrecht (Bearb.), Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung, Bd. 1: Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika „Mit brennender Sorge“. Mainz 1986, S. 10f.

⁸⁰ Ebd., S. 11–13 (gekürzt).

⁸¹ Albrecht, Notenwechsel, S. 37–44, hier S. 40.

*mächtigkeit der untergeordneten Stellen beseitigt würden.*⁸² Das Promemoria zählte wiederum eine Fülle von Konfliktfällen auf (das „Sterilisierungsgesetz“, gegen das die Bischöfe Berning und Gröber beim Reichsinnenministerium am 2. Januar 1934 protestiert hatten; sodann die Unfreiheit des Klerus in der Ausübung des Amtes sowie die Unfreiheit der katholischen Presse u. a. mehr).

Man war, wie die Schreiben Pacellis zeigen, im Vatikan über die Entwicklung in Deutschland sehr gut informiert. Die meisten Beschwerden hatte offenbar der bayerische Episkopat nach Rom gemeldet. Erzbischof Gröber hatte über Prälat Kaas und Pater Leiber regelmäßigen Kontakt mit dem Kardinalstaatssekretariat. So teilte Pater Leiber ihm brieflich am 11. Oktober 1933 mit, dass die von Kardinal Bertram in Rom vorgetragene Gravamina in einem Promemoria Pacellis aufgenommen würden. Postwendend antwortete Gröber am 14. Oktober 1933 u. a.: *„Nichts tun, was jetzt einem Keil gleich sähe, den man ins Volk treibe.“*⁸³ Ende Oktober 1933 weilte er selbst mehrere Tage in Rom im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz, um an Verhandlungen der Kurie mit dem Vertreter der Reichsregierung über Ergänzungen zum Reichskonkordat mitzuwirken. Über den Stand der Dinge informierte er in ausführlichen Schreiben die Kardinäle Bertram und Faulhaber.⁸⁴ In seiner eigenen Diözese versuchte Gröber, gute Beziehungen zur nationalsozialistischen Landesregierung in Karlsruhe zu unterhalten. Den Ministerpräsidenten Walter Köhler hielt er für einen anständigen und gemäßigten NS-Politiker, und dem parteilosen Innenminister Pflaumer gegenüber zeigte er sich ausgesprochen wohlwollend. Dem Regierungserlass zur Einführung des „Deutschen Grußes“ („Heil Hitler“) folgte eine Anordnung im Amtsblatt der Erzdiözese im August 1933, der Religionsunterricht in den Schulen sei mit *„Heil Hitler. Gelobt sei Jesus Christus!“* zu eröffnen und mit *„Gelobt sei Jesus Christus. Heil Hitler!“* zu beschließen. Insgesamt versuchte Gröber, die Kurie eher zu beschwichtigen in der Überzeugung, *„die Würde mit der Vaterlandsliebe zu vereinigen und den Schmerz über Dinge, die in der letzten Zeit noch vorgekommen sind, mit dem Ver-*

⁸² Albrecht, Notenwechsel, S. 47–71.

⁸³ Die beiden Briefe bei Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 270ff.; die Antwort Gröbers S. 173.

⁸⁴ Briefe vom 27. Oktober 1933 in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 420ff.; Von Papen hatte Gröber zu den Verhandlungen empfohlen, denn *„er sei der beste Sachkenner von Seiten der Kirche [...] als Erzbischof in einem überwiegend katholischen Landesteil“*.

trauen auf eine baldige Abstellung zu verbinden“.⁸⁵ In jedem Fall wollte Gröber ein nachträgliches Scheitern des Konkordats verhindern. Das hätte nach seiner Überzeugung Schlimmes zur Folge: *„Es bedeutete den Zustand der Rechtlosigkeit für die katholische Kirche in Deutschland, brächte die Streichung sämtlicher staatlichen Gelder, die der Kirche, ihren Priestern und Einrichtungen gewährt werden, bedeutete vor allem auch den Kampf gegen die katholische Schule, gegen die Ordensleute usw.“*⁸⁶

Am 14. März 1934 antwortete die Reichsregierung schließlich detailliert auf die Stellungnahme des Vatikans mit einem langen Schreiben, das die Vorwürfe im Einzelnen zurückwies.⁸⁷ Die Antwort hierauf aus Rom ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Mai 1934 sandte Pacelli ein weiteres „Promemoria“ nach Berlin, das zunächst die großen Erwartungen beschrieb, die der Reichskanzler im März 1933 geweckt hatte: *„Man behauptet nicht zu viel, wenn man erklärt, dass damals durch das ganze katholische Volk in Deutschland ein Aufatmen der Hoffnung ging, im Gefolge der Reichskanzlerworte werde ein Kapitel der Beziehungen zwischen Kirche und Staat beginnen, das die Dissonanzen der Vergangenheit bald in einträchtiger Nebeneinanderarbeit vergessen machen werde.“* Doch dann stellt Pacelli fest: *„Die Katholiken Deutschlands müssen heute mit tiefem Schmerz erkennen, dass ihre Hoffnung bitter enttäuscht worden ist.“* Gegen Ende des umfangreichen Schreibens wird der Ton ganz scharf: *„Weltnotorisch ist, dass die Kirche im heutigen Deutschland diejenige Freiheit nicht mehr hat, die sie beanspruchen muss. Weltnotorisch ist, dass die frühere katholische Presse zum großen Teil eingegangen ist [...] Weltnotorisch ist, dass der Klerus in der Ausübung seiner Seelsorge von Hemmungen und Gefährdungen umgeben ist, die er früher nicht gekannt hat [...] Weltnotorisch ist, dass zahlreiche Mitglieder des geistlichen Standes längere oder kürzere Zeit in Schutzhaft genommen wurden.“*⁸⁸ Man kann ganz klar feststellen: Der Vatikan hat gegenüber dem NS-Regime Flagge gezeigt! Die verschiedenen Stellungnahmen des Vatikans wurden in einer Art „Weißbuch“ für die deutschen Diözesen zusammengefügt und den Bischöfen zugestellt.

⁸⁵ So in einem Brief im Hinblick auf die Haltung des deutschen Episkopats zu den Reichstagswahlen am 12. November 1933. Stasieswki, Akten deutscher Bischöfe, S. 421.

⁸⁶ Protokoll der Versammlung der katholischen Verbandsvertreter am 15. November 1933, in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 472.

⁸⁷ Ebd., S. 81–99.

⁸⁸ Hier zitiert aus Gruber, Katholische Kirche, S. 166 ff., im einzelnen S. 168 und S. 178.

Erreicht hat der Vatikan mit seinen Einsprüchen wenig. Man blieb aber bei der Praxis diplomatischer Stellungnahmen. Erst mit der Enzyklika von Pius XI. „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937 wagte der Vatikan den Schritt an die Öffentlichkeit. Offenbar hat auch Erzbischof Gröber in der Folge eine Auflistung der nationalsozialistischen Gewaltakte gegenüber der katholischen Kirche ins Ausland senden können, die in der „Catholic Herald“ (einer Zeitschrift irischer Katholiken) am 15. Juli 1938 veröffentlicht wurde.⁸⁹ Trotz der scharfen Reaktion des NS-Regimes auf die Enzyklika blieb Pacelli im Prinzip dann auch als Papst Pius XII. (seit 1939) bei seiner ambivalenten Haltung: Einsprüche, Verhandlungen, aber keinen Bruch mit Deutschland!⁹⁰

Insgesamt hielt sich bei der katholischen Bevölkerung wie in weiten Kreisen der Gesamtgesellschaft lange die Vorstellung von dem im Prinzip guten Führer, der die Maßnahmen nachgeordneter Instanzen oder der Parteibasis missbillige. Auch Gröber hielt offenbar an der Hoffnung fest, bei direktem Kontakt zum Führer die Verhältnisse in Ordnung bringen zu können. Allerdings war ihm klar, wie er bei einer vom DCV-Direktor Benedikt Kreuz initiierten Versammlung der katholischen Verbandsvertreter am 14. Oktober 1933 äußerte: „*Hitler ist ein Gewaltmensch. Vgl. ‚Mein Kampf‘. Wir kommen nicht oder nur sehr schwer an Hitler heran, um unsere Angelegenheiten vorzutragen.*“⁹¹ Selbst der keineswegs unkritische Kardinal von Faulhaber behielt eine Art Grundvertrauen zu Hitler, über den er nach einer Audienz bei ihm am 4. November 1936 notierte: „*In der Auseinandersetzung hält sich der Führer mit einer imponierenden Sicherheit wie auch in seinen großen Reden auf der staatsmännischen Linie [...] Der Führer beherrscht die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen mehr wie ein geborener Souverän sie beherrschte [...] Er entwickelt seine Gedanken affektiv und doch sichtlich mit Selbstbeherrschung [...] Der Reichskanzler lebt ohne Zweifel im Glauben an Gott. Er anerkennt das Christentum als den Baumeister der*

⁸⁹ Aus dem Catholic-Herald-Archiv in NetCopy verfügbar.

⁹⁰ Thomas Brechenmacher, Teufelspakt, Selbsterhaltung, universale Mission?, in: Historische Zeitschrift 280 (2005), S. 591–645 zeigt anhand der inzwischen zugänglichen Bestände des Vatikanischen Archivs die Motive Pacellis auf, die ihn hinderten, aus dem Dilemma seiner Diplomatie auszubrechen.

⁹¹ Protokoll der Versammlung in Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 469.

⁹² Die Aufzeichnung vom 4. November 1936 in: Gruber, Katholische Kirche, S. 285–289; hier S. 288. Diese positive Einschätzung Hitlers konnte den Kardinal aber nicht davon abhal-

*abendländischen Kultur.*⁹² Ähnlich positiv dachte Erzbischof Gröber vom Führer. Noch in seiner Rechtfertigungsschrift „Meine Mitarbeit am deutschen Konkordat“ im Jahr 1947 erklärte er die Zustimmung zur neuen Regierung 1933 zunächst mit deren Erfolgen bei der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und betonte aber dann: *„Dazu kam noch, dass Hitler zur katholischen Religion, in der er getauft war, sich auch weiterhin bekannte.“*⁹³

Es gab 1934 allerdings einen ganz klaren, offenen Protest der katholischen Kirche gegen die NS-Ideologie, in der sich alle Bischöfe und Diözesen einig waren. Der richtete sich gegen den „Mythus des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg. Die darin vertretene Weltanschauung wurde als gefährliches Neuheidentum verurteilt. Das Buch wurde nach eingehenden Beratungen im Vatikan am 7. Februar 1934 auf den Index gesetzt. Dominik Burkard hat die Zusammenhänge und Auswirkungen dieser Maßnahme eingehend untersucht und dargestellt, auch mit speziellem Blick auf die Erzdiözese Freiburg.⁹⁴ Inoffiziell hieß es von Seiten der NSDAP, Rosenbergs „Mythus“ sei dessen Privatauffassung.⁹⁵ Im Großen und Ganzen aber verhielt sich die katholische Kirche noch abwartend, zögerlich, nur vereinzelt defensiv. Erzbischof Gröber bat und warnte seinen Klerus, *„er möge sich doch umstellen und nicht durch persönliche Unklugheiten der kirchlichen Sache schaden“.*⁹⁶ Zum Jahresende 1933 schrieb er an Pacelli: *„Ich hoffe, dass wir die Passhöhe der Schwierigkeiten überwunden haben.“*⁹⁷ Aber am 1. Februar 1934 äußerte er sich in einem Brief an einen Repräsentanten der AKD, der durch von Papen gegründeten regimerefreundlichen Arbeitsgemeinschaft katho-

ten, für die von Papst Pius XI. initiierte Enzyklika „Mit brennender Sorge“ den Entwurf – mit den bekannt deutlichen Worten gegen die Praxis des NS-Regimes – zu verfassen.

⁹³ Volk, Kirchliche Akten, S. 305–352, hier S. 308. Bezeichnend ist, dass Hitler nicht exkommuniziert wurde, dass „Mein Kampf“ nicht auf den Index der verbotenen Bücher kam – im Unterschied zu Rosenbergs „Mythus“. Kardinal Bertram ordnete nach Hitlers Selbstmord im Mai 1945 ausdrücklich ein kirchliches Requiem für den Verstorbenen an (wie Wolf, Papst und Teufel, S. 61 festhält).

⁹⁴ Dominik Burkard, Häresie und Mythus des 20. Jahrhunderts. Rosenbergs nationalsozialistische Weltanschauung vor dem Tribunal der Römischen Inquisition. Paderborn 2005; zu Freiburg bes. das Kapitel „Das Fallbeispiel Freiburg“, S. 132–155.

⁹⁵ Göring hatte den „Mythus“ als „Schund“ bezeichnet, Goebbels als „philosophischen Rülps“. Zitiert von Burkard, Häresie, S. 123.

⁹⁶ Gröber an Brombacher, in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 532.

⁹⁷ Gröber an Pacelli am 28. Dezember 1933, in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 495.

lischer Deutscher, schon anders: *„Unterdessen haben sich die Verhältnisse wieder sehr verschlimmert.“*⁹⁸

Am 17. Januar 1934 hatte der Rottenburger Bischof Johannes Baptista Sproll sich bei seinem Metropolitanbischof in Freiburg in einem Brief beklagt: *„Wir verfallen mit lauter Warten der Passivität, wo doch höchste Aktivität am Platze wäre. Zur Zeit stehe ich unter strenger Kontrolle der Presse.“*⁹⁹ Sproll hatte sich nach anfänglicher Anpassung oder Zurückhaltung offenbar in Predigten wiederholt gegen antikirchliche Maßnahmen der NSDAP ausgesprochen und sich vor allem gegen die versuchte Gleichschaltung der Katholischen Jugend mit der HJ gewehrt. Wie Hubert Wolf erwähnt, bezog er sich dabei wohl auf ein Lied, das von Hitlerjungen gesungen wurde mit dem Text:

*„Wir sind die fröhliche Hitlerjugend,
Wir brauchen keine christliche Tugend,
Denn unser Führer Adolf Hitler
Ist unser Erlöser, unser Mittler [...]
Die Kirche kann mir gestohlen werden,
Das Hakenkreuz macht mich glücklich auf Erden;
Ihm will ich folgen auf Schritt und Tritt.
Baldur von Schirach, du nimm mich mit!“*¹⁰⁰

Man darf dem Freiburger Erzbischof keinesfalls unterstellen, er habe sich 1933 einfach mit der NS-Diktatur abgefunden. Er war sich in seiner Einschätzung der Lage keineswegs sicher. Schon in der Abschlusspredigt jener Diözesansynode, in der er gleichsam bahnbrechend zur Mitarbeit am neuen Staat aufgerufen hatte, sagte er am 28. April 1933 nachdrücklich: *„Wir nehmen uns selbst vor, Märtyrer zu werden, wenn es notwendig sein sollte.“* Einschränkend fügte er freilich hinzu: *„... ohne irgendwie allerdings – und ich wiederhole es bewusst – durch Unklugheit, Kurzsichtigkeit oder Sturheit ein Martyrium unnötig zu provozieren.“*¹⁰¹ An anderer Stelle versicherte er: *„Ich selber habe nie für Hitler gestimmt, aber viele Katholiken haben es getan.“*¹⁰² Zwar hielt er das Jahr 1933 hindurch an der Hoffnung fest, das Konkordat würde das Verhält-

⁹⁸ Gröber an Brombacher, in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 532.

⁹⁹ Zitiert aus dem EAF in: Stephan Sproll, Ich bin der Bischof von Rottenburg und ich bleibe Bischof von Rottenburg. Ostfildern 2009, S. 167.

¹⁰⁰ Wolf, Papst und Teufel, S. 259.

¹⁰¹ Diözesansynode des Erzbistums Freiburg (Druckfassung), S. 52.

¹⁰² Gröber, Meine Mitarbeit am deutschen Konkordat, in: Volk, Kirchliche Akten, S. 308.

nis von Staat und Kirche im Reich befrieden. In einem Brief an den Prälaten Kaas vom 15. November 1933 berichtete er dem Freund von einer vertraulichen Mitteilung aus Berlin, Hitler habe sich beklagt, das Konkordat sei übereilt geschlossen worden, er werde die katholischen Jugendorganisationen verbieten. Gröber aber fand, man solle doch nicht schon sofort protestieren, sondern abwarten, *„Zeit zu gewinnen, Einfluss zu gewinnen, um zu retten, was zu retten ist“*.¹⁰³ Von dieser Devise ließ sich Gröber offenbar allzu lange leiten, offenbar in der Meinung, *„durch ein Entgegenkommen [...] könnte vielleicht ein zu befürchtender Kulturkampf vermieden werden“*.¹⁰⁴

Die Sorge vor einem erneuten Kulturkampf war ja keineswegs abwegig.¹⁰⁵ Er hatte die Katholiken im deutschen Kaiserreich für lange Zeit ins politische Abseits gedrängt. Sie sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, wie die Sozialdemokraten „vaterlandslose Gesellen“ zu sein und als „Ultramontane“ von jenseits der Alpen, d.h. von der Römischen Kurie fremdbestimmt zu sein. Dies war im Zeitalter der nationalen Euphorie doppelt schlimm, wobei die Katholiken vielerorts auch das beschleunigte Tempo der Hochindustrialisierung nicht mithalten konnten und von sozialem Abstieg bedroht waren. Im „neuen Staat“, dem „Dritten Reich“, sollte das verhindert werden, so hofften mit Erzbischof Gröber viele in der Kirche. Gröber sah die neue Rolle der Katholiken in einem geradezu ehrgeizigen Ziel: *„Seien wir in unserer zerrissenen Gegenwart, soweit es unser Gewissen und die katholischen Grundsätze erlauben, Friedensträger, opferwillig zum Aufbau des Vaterlandes im christlichen Sinne bereit, und nie, hochwürdige Mitbrüder, in unrechter Weise Friedensstörer!“* So hatte der Erzbischof die Teilnehmer an der Diözesansynode am 28. April 1933 ermahnt.¹⁰⁶

Im Klerus seiner Diözese mehrten sich indes ebenso wie im deutschen Episkopat bald die Stimmen, die Gröbers Haltung widersprachen. Der

¹⁰³ Gröber an Kaas am 15. November 1933, in: Stasiewski, Akten deutscher Bischöfe, S. 455.

¹⁰⁴ Ebd., S. 452f.

¹⁰⁵ Dominik Burkard, Kulturkampf – Kulturkämpfe. Vom Epochenphänomen zum Symbolbegriff, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Baden-württembergische Erinnerungsorte. Stuttgart 2012, S. 196–209, hier bes. S. 205f.; Christoph Schmitter, Zwischen Karlsruhe und Rom. Die Katholiken und der badische Staat im Kulturkampf, in: Badische Heimat 2013, S. 129–149; Christoph Kösters: „Kulturkampf“ im Dritten Reich, in: Thomas Brechenmacher/Harry Oelke (Hrsg.), Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat. Göttingen 2011, S. 67–112. Zu Gröber hier bes. S. 84f.

¹⁰⁶ Diözesansynode des Erzbistums Freiburg, S. 52.

Erzbischof fühlte die drohende Isolierung im Kreis der deutschen Bischöfe und änderte seine Position nach und nach. Schon im April 1934 stellte die Gestapo in Baden fest: „*Seit Monaten ist das Treiben des Katholischen Klerus und dessen politischer Beauftragter, einstigen Zentrumsagitatoren, weit gefährlicher in ihrer Wirkung als die Neuorganisation der KPD [...] Die katholische Geistlichkeit propagiert heute offen den Kulturkampf gegen das angebliche Neuheidentum, das sich überall breitmache. Dass unter dem angeblichen Neuheidentum nur die Nationalsozialisten gemeint sein können, ist überall vorherrschende Ansicht.*“¹⁰⁷ Ende 1935 meldete die Karlsruher Gestapo: „*Der katholische Klerus ist im abgelaufenen Monat Dezember 1935 in seiner zielbewussten Tätigkeit zur Unterhöhlung des nationalsozialistischen Staates besonders regsam gewesen, und hat es sich der Erzbischof Dr. Gröber dabei nicht nehmen lassen, seiner Geistlichkeit den Rücken in diesem Kampf persönlich zu stärken.*“¹⁰⁸ Im gleichen Jahr organisierte Julius Streicher eine Schmutzkampagne gegen den Freiburger Oberhirten im Land. Fortan konnte auch Gröber sich wie fast der ganze Klerus der Diözese nur noch in einer Position der Resistenz oder der inneren Emigration verschanzen. Hugo Ott, der beste Kenner der Ära Gröber im Erzbistum Freiburg, bestätigt in seiner kleinen Biografie Conrad Gröbers, dieser habe seit 1935 einen „regelrechten Lernprozess“ vollzogen.¹⁰⁹ Auch Weihbischof Burger änderte seine Einschätzung des Nationalsozialismus nachdrücklich, wandte sich in seinen Predigten öffentlich „*gegen den Kult der Gewalt, die Vergötzung von Rasse und Blut, die Unterdrückung der menschlichen Freiheit und Würde*“.¹¹⁰ Der Freiburger Kreisleiter der NSDAP, Dr. Willi Fritsch, nannte den Erzbischof in einer Veranstaltung in der Freiburger Festhalle vor 1000 Parteifunktionären am 28. August 1938 einen „*Lumpenbub*“ und „*Hochverräter*“, der nun nach dem aus seinem Bistum verjagten Bischof Sproll bald als Zweiter ebenfalls gehen müsse.¹¹¹ Der Rottenburger Bischof hatte sich bekanntlich

¹⁰⁷ Jörg Schadt (Bearb.), *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden*. Stuttgart 1976, S. 87.

¹⁰⁸ Ebd., S. 170.; weitere Belege für Gröbers kritische Distanz zum NS-Regime in Schwalbach, Gröber und die nationalsozialistische Diktatur. Karlsruhe 1986.

¹⁰⁹ Hugo Ott, Conrad Gröber (1872–1948), in: Abetz u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 6, S. 72.

¹¹⁰ Zitiert aus: Christoph Schmider, *Die Freiburger Erzbischöfe*. Freiburg 2002, S. 141.

¹¹¹ Zitiert mit Belegen in: Joachim Maier, *Schulkampf in Baden 1933–1945*. Mainz 1983, S. 183.

geweigert, bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 seine Stimme abzugeben, und sah sich danach einer wachsenden Hetze ausgesetzt, die schließlich zum Sturm auf sein Bischöfliches Palais führte. Erzbischof Gröber war zuvor nach entsprechenden Pressemeldungen nach Rottenburg gekommen in der Hoffnung, durch seine Anwesenheit die Ausschreitungen verhindern zu können. Aber die aufgebrachten Demonstranten stürmten das Gebäude und gingen gegen die in die Hauskapelle geflüchteten Bischöfe Gröber und Sproll und Rottenburger Domherren gewaltsam vor, bis die Staatspolizei eingriff und die Demonstration auflöste. In der Folge erhielt Sproll ein Aufenthaltsverbot in seiner Diözese, worauf er unter Protest Rottenburg verließ und sich zunächst nach Freiburg begab. Dort wurde er von der Schwester des Erzbischofs, der sich auf Dienstreise befand, im Palais aufgenommen. Doch Sproll fühlte sich hier nicht sicher und zog sich in das Benediktinerkloster St. Ottilien ins Exil zurück.¹¹²

Erzbischof Gröber war längst von seiner frühen Fehleinschätzung des „neuen Staates“ abgerückt. Am 8. August 1940 erklärte Ministerialdirektor Gärtner im badischen Kultusministerium: *„Wie aus den SD-Berichten hervorgeht, ist der Erzbischof Dr. Gröber der größte Feind der NSDAP und des NS-Staates. Lediglich sein Amt als Erzbischof hat ihn bisher davor bewahrt, dass er noch nicht als Hochverräter im Gefängnis sitzt.“*¹¹³

In den Jahren bis 1940 zählte man mehr als 350 Übergriffe und Strafmaßnahmen gegen katholische Geistliche im Land: Vernehmungen, Schulverbote, Haftstrafen, Orts- oder Landesverweise.¹¹⁴ Seit 1941 kamen insgesamt 18 Priester der Erzdiözese Freiburg ins Konzentrationslager im berüchtigten Pfarrerblock von Dachau. Rund 2700 Geistliche waren dort im Lauf von 12 Jahren inhaftiert. Mehr als 1000 verstarben im Lager. Bei Kriegsende wurden rund 1200 befreit. Von den Diözesangeistlichen sind zehn in der Haft ums Leben gekommen oder wurden

¹¹² Ausführliche Schilderung der Vorgänge und eine abgewogene Beurteilung des Verhaltens von Bischof Sproll in: Dominik Burkard, Johannes Baptista Sproll. Bischof im Widerstand. Stuttgart 2013, bes. S. 95 ff.; ebenso in: Schwalbach, Gröber und die deutsche Katastrophe. Karlsruhe 1996, S. 328 f.

¹¹³ GLA Karlsruhe, 235/12790, zitiert aus: Joachim Maier, *Schulkampf in Baden*, S. 185 mit Anm. 830. Die Universität Freiburg ernannte übrigens den exponierten NS-Mann Gärtner 1942 zum Ehrenszenator.

¹¹⁴ Im Einzelnen: Ulrich von Hehl, *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*. Mainz 1984, zum Erzbistum Freiburg S. 399–495.

hingerichtet, darunter der Pazifist Dr. Max Josef Metzger und der Jesuit Alfred Delp.¹¹⁵

Mitschuld der Katholiken?

Mit ihrer Haltung der Resistenz und vielen vereinzelt, aber durchaus offenkundigen Formen des Widerstands konnte die katholische Kirche das „Dritte Reich“ am Ende moralisch durchaus ehrenhaft überleben. Ernst-Wolfgang Böckenförde urteilte in seiner insgesamt kritischen Betrachtung 1961 doch sehr anerkennend: *„Die deutschen Katholiken hatten, von ihren Bischöfen und dem Klerus geführt und bestärkt, diesem Druck [sc. des NS-Regimes], im Ganzen gesehen, tapfer widerstanden und sich dabei als überzeugungsfeste Gegner des Nationalsozialismus erwiesen.“*¹¹⁶ Verhindert hat die Kirche die NS-Verbrechen nicht. Dass das 1933 noch möglich gewesen wäre, halte ich für nicht ausgeschlossen. Konrad Adenauer schrieb in einem Brief an den mit ihm befreundeten Pastor Dr. Bernhard Custodis in Bonn am 26. Februar 1946 u. a.: *„Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld [...] das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen [...] Die Judenpogrome von 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit [...] Ich glaube, dass, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tag öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhindern können. Das ist nicht geschehen und dafür gibt es keine Entschuldigung.“*¹¹⁷ Die Frage freilich, wieso es 1933 ausgerechnet drei in ihrer Kindheit und Jugend zutiefst katholisch sozialisierten Männern (Hitler, Goebbels, von Papen) gelang, Deutschland auf den Weg in die Katastrophe zu führen, hat niemand gestellt.

¹¹⁵ Hugo Ott, Erlebnisberichte und Dokumentationen von KZ-Priestern der Erzdiözese Freiburg, in: FDA 90 (1970), S. 5–302.

¹¹⁶ Böckenförde, Katholizismus 1933 (vgl. Anm. 7), S. 215.

¹¹⁷ Hans-Peter Mensing (Bearb.), Konrad Adenauer. Briefe 1945–1947. Berlin 1983, S. 172 f.; zitiert auch in: Georg Denzler/Volker Fabricius, Christen und Nationalsozialisten. Frankfurt am Main 1995, S. 349. Mensing weist in einer Fußnote hin auf den zeitnah von Adenauer in Köln am 24. März 1946 gehaltenen Vortrag mit dem Satz: *„Aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte.“*

Erzbischof Gröber erklärte in einem Hirtenbrief bereits am 8. Mai 1945, weshalb kein wirksamer katholischer Widerstand möglich gewesen sei, mit der rücksichtslosen Gewalt des Regimes. Als er gegen einen hohen Gestapobeamten sich auf das Recht berufen habe, sei ihm erwidert worden: *„Und wir haben die Macht.“*¹¹⁸ Er gesteht indes: *„Und doch trifft uns, wenigstens vor Gott, manche Schuld.“* Zugleich aber wies er den Vorwurf einer Kollektivschuld des deutschen Volkes zurück.¹¹⁹ In einem weiteren Hirtenbrief vom 3. Oktober 1945 stellte er sich vor die Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg dem Hitlerstaat dienten und führte aus: *„In unseren katholischen Kreisen haben wir nur verhältnismäßig wenige gefunden, die mit innerer Bereitschaft oder gar mit Begeisterung dem Ruf zu den Waffen folgten.“* Es vertrat die Überzeugung, dass nur eine Minderheit die Hitler-Diktatur bejaht hätte, und er forderte die Geschichtswissenschaft auf, *„den einwandfreien Nachweis dafür zu erbringen, dass nur wenige Millionen deutscher Menschen mit Leib und Seele dem sogenannten ‚neuen Deutschland‘ verschrieben waren.“*¹²⁰ Für das Jahr 1933 hat die Geschichtswissenschaft freilich das Gegenteil nachgewiesen. Auch die Mehrheit der Katholiken hat mit ihrem „verzwickten Ja zur NS-Diktatur“ dem „neuen Reich“ damals ihre Zustimmung gegeben.

Offenbar fiel es den deutschen Bischöfen angesichts der Tatsache, dass ihre Kirche die Integrität als Institution gegenüber dem Nationalsozialismus bewahrt hatte, besonders schwer, eine Mitschuld an der NS-Diktatur einzugestehen. Reinhold Schneider hat in einem Brief, der erst kürzlich entdeckt wurde, am 7. August 1945 den Mainzer Bischof Stohr (dem Beauftragtem der Bischofskonferenz-Westdeutschland für die Jugendseelsorge) zu einem Schuldbekennnis aufgefordert: *„Allein die Worte mea culpa können einen Anfang machen; unermesslich ist die Schuld des Ganzen, aber ein jeder einzelne frage sein Gewissen, wie weit er handelnd oder unterlassend – oder nur durch die Zustimmung, die er,*

¹¹⁸ Zitiert aus: Schwalbach, Gröber und die deutsche Katastrophe, S. 194.

¹¹⁹ Heiko Haumann in: Geschichte der Stadt Freiburg, hrsg. von Heiko Haumann und Hans Schadeck. Bd. 3, Stuttgart 2. Aufl. 2001, S. 385.

¹²⁰ Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg 10/1945, S. 62f.; zitiert aus: Wolfgang Hug/Dirk Barghop, Der Breisgau. Zeugnisse seiner Geschichte. Frankfurt 1991, S. 186. Der ganze Hirtenbrief ist abgedruckt in Schwalbach, Gröber und die deutsche Katastrophe, S. 251–264, das Zitat S. 255. Eine facettenreiche Übersicht über die unzureichende „Aufarbeitung“ der Rolle der Kirchen im NS-Staat nach 1945 geben die Beiträge in Thomas Brechenmacher/Harry Oelke (Hrsg.), Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat. Göttingen 2011.

*verführt vom Blitze scheinbarer Siegesmacht, dem Verführer insgeheim gezollt hat – schuldig geworden ist [Mit einem solchen mea culpa] an die Welt müssten sich, wie ich glaube, jetzt die deutschen Bischöfe wenden.*¹²¹ Von der Aufforderung Reinhold Schneiders zu einem entsprechenden Hirtenbrief waren die Bischöfe damals offensichtlich überfordert.

Mein Fazit

1. Der katholische Widerstand aus Gesinnung gegen den Nationalsozialismus war klar und stark, aber die neuen Machtverhältnisse wirkten stärker („Märzgefallene“, Hitler-Glückwünsche usw.). Das Zentrum tendierte zur rechten Mitte, einige Geistliche in die NSDAP (Senn, Mohr, Schmaus usw.).

2. Gemeinsame ideologische Schnittmengen (Antibolschewismus, autoritäre Strukturen, Anti-Versailles, „Volksgemeinschaft“ versus Autonomie der Person) erlaubten die innere Zustimmung.

3. Hitlers Zusicherungen überzeugten die Zentrumsführung (Kaas, Hackelsberger, Föhr) zur taktischen Annäherung. Gröbers (taktisches) Axiom „Mitwirken, um einzuwirken“ erwies sich als nachhaltiger Irrtum.

4. Das Reichskonkordat war (v. a. auf Drängen Gröbers) übereilt geschlossen worden, nützte Hitler mehr als der Kirche. Es liquidierte (vom Vatikan und dem deutschen Episkopat so gewollt) den „politischen Katholizismus“ und damit die einzige bürgerliche politische Opposition gegen den Nationalsozialismus.

5. Erzbischof Gröber fürchtete (u. a. aus kindlichen Verletzungen) bei einem Scheitern des Reichskonkordats einen Kulturkampf sowie den Verlust der staatlichen Finanzierung (Alimentierung) der katholischen Kirche in Deutschland.

6. Erzbischof Gröbers Widerstand gegen die NS-Diktatur nach 1934 blieb (von ihm gewollt) persönliche Kraftprobe ohne Tendenz, eine kollektive Widerstandsbewegung von unten (z. B. von Pazifisten oder Sozialisten) aufzugreifen.

¹²¹ Zitiert aus: Ulrich Helbach, Akten deutscher Bischöfe seit 1945, Bd. 1/1. Paderborn 2012, Nr. 35, S. 202–204.